

## **[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

Herzlich Willkommen zur Lage der Nation. Ausgabe Nummer 334 vom 4. Mai 2023.

Ganz herzlich Willkommen. Mein Name ist Philipp Banzer. Ich bin Journalist und ich bin Ulf Bohrmeyer, Jurist aus Berlin.

Herzlich Willkommen auch von meiner Seite. Anfang jeder Sendung, das kennt ihr, geht's kurz in unsere Hausmitteilungen hinein.

Und da möchten wir zum einen auf unser Lageforum hinweisen. Wir bekommen immer noch relativ viel Feedback per Mail.

Das können wir aber ehrlich gesagt gar nicht alles bearbeiten, weil es dazu ein bisschen zu viel geworden ist.

Deswegen haben wir ja extra einen Forum eingerichtet für euer Feedback.

Richtig. Da gibt's mehrere Tausend Leute. Ich habe jetzt nochmal über 7000 Leute oder so was da mittlerweile angemeldet.

Ich habe mir nochmal geguckt. Und da gibt's wirklich viel, viel Debatte, aber auch viel, viel Hilfe, viel Hinweise.

Da werden Themen gesammelt, Themenvorschläge gesammelt. Da wird wirklich jeder Aspekt dieser Sendung ausführlich diskutiert.

Ja, und deswegen da schauen wir halt auch rein. Wenn ihr uns Feedback geben wollt, das ist so der Weg.

Denn da haben wir das Feedback gesammelt. Da wird es dann auch gleich schon eingeordnet von anderen Foristinnen und Foristen.

Und das ist quasi so der Kanal, [talk.lage.org](http://talk.lage.org).

Dann noch der Hinweis auf unsere Verlosung, die natürlich noch läuft. Verlust wird ein E-Bike.

Ein One-Move, ein neues One-Move wird verlost unter allen Abonnenten und Abonnentinnen.

Also die Leute, die jetzt schon Abonnenten und Abonnenten sind.

Oder es noch werden bis zum 11. Mai, bis zum 11. Mai, 13.03 Uhr.

Dann findet die Verlosung dieses E-Bike statt.

Und ihr werdet Abonnent, Abonnentin, falls ihr da noch einsteigen wollt, unter pluspunkt.

Das hat natürlich den Vorteil, dass ihr eine werbefreie Ausgabe bekommt.

Dass ihr eine auf die Hälfte eingedampfte Version der Lage bekommt.

Lage Kompakt, nennen wir das.

Und ihr bekommt ein hervorragendes, gechecktes Transkript der kompletten Sendung, was man super durchsuchen und auch abspielen kann.

Ja, und vor allem kann man eben quasi mitlesen, während man die Lage hört.

Das ist das Coole. Da gibt es so eine Funktion.

Da sieht man quasi im Text immer gerade, was gesprochen wird.

Das ist zum Beispiel zum Sprache-Lernen ganz toll.

Also für Menschen, für die Deutsch nicht die Muttersprache ist, kann man das wunderbar lernen, indem man halt Lage hört.

Und zugleich mitliest, was im Transkript steht.

All das unter pluspunkt, [lag.den.nationpunkt.org](http://lag.den.nationpunkt.org).

Und natürlich auch das gute Gefühl, unabhängigen politischen Journalismus zu unterstützen.

In dieser Woche gab es große Aufregung, mal wieder die Überschrift.

## **[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

Diesmal in Varianten, sowohl farblich als auch inhaltlich, fetternwirtschaft.

Filt es in der Ampel grüne Fetternwirtschaft im grünen Wirtschaftsministerium Skandal? Skandal, Skandal, Skandal.

Und wir haben uns gedacht, das lohnt sich einfach, das mal so ein bisschen auseinander zu püseln und so ein bisschen zu schauen.

Was ist denn eigentlich dran in der ganzen Geschichte?

Und vor allem, was können wir politisch lernen über den Einzelfall hinaus?

Dafür, wie man sich korrekt verhält.

Also Philipp, es geht um den Protagonisten Patrick Greichen, der ist 51 Jahre alt.

Und so wie wir hören, fachlich umrunde anerkannt.

Und von Berufswegen zur Zeit einer der sechs Staatssekretäre im BMWK, im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.

Aber man kann schon sagen, Philipp, ihr ist glaube ich nicht irgendein Staatssekretär.

Nein, erst nicht irgendeiner.

Das kann man schon sagen, war zumindest bisher einer der wichtigsten dort, zumindest der einer, der den größten Fußabdruck hinterlassen hat, ohne den anderen jetzt unrecht zu tun.

Er gilt so als Haberks Mann der Energiewende.

Also der hat auf seinen Konto oder auf das Konto seiner Leute, seines Teams, geht das Gesetz zum Austausch alter Öle und Gasheizung.

Er steckt halt hinter diesen ganzen Beschleunigungsgesetzen, aber die wir auch schon gesprochen haben, für den Ökostromausbau.

Und er ist quasi der Mann, der über das Klimaschutzgesetz wacht.

Ja, das ist ja vom Umweltministerium eben in das Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gewechselt.

Doch sehr zum Leidwesen übrigens der Menschen, die das viele Jahre lang betreut haben im Umweltministerium.

Nun gut, und Herr Greichen hat bisher auch einiges gerockt, kann man glaube ich sagen, was auch parteiübergreifend anerkannt wird.

Beispielsweise hat er im vergangenen Jahr dafür gesorgt, dass Deutschlands leere Gasspeicher gefüllt werden konnte.

Ja, er hat auch an diesem Aufbau der LNG Terminals für Flüssiggas erheblich mitgewirkt, vor allen Dingen an den Beschleunigtenaufbau.

Da gibt es natürlich jetzt auch Kritik, dass da viel zu viele aufgebaut wurden und dass das eigentlich weit über den Bedarf jetzt da fossile Infrastruktur entstanden ist.

Aber gut, also an dem Beschleunigtenaufbau der LNG Terminals hat er auf jeden Fall maßgeblich mitgewirkt

und er hat auch die Verstaatlichung offensichtlich der russischen Energiefirmen, die es ja hier in Deutschland gab, an denen hat er mitgewirkt.

So, natürlich war er auch verantwortlich für mindestens eine echte Pleite, nämlich die umstrittene Gasumlage, an die euch vielleicht noch dunkel erinnert, die aber dann ja letztlich nicht gesetzt geworden ist.

## **[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

Wollen wir jetzt nicht noch mal tief einsteigen.

Aber man merkt schon, er ist jedenfalls ein Experte und auch ein sehr engagierter Kämpfer für Klimaschutz, für insbesondere die Einsparung von Kohlenstoff Jürgshüt und das ist kein Zufall, denn vor seiner Zeit im BMWK war der Herr Patrick Greichen, Chef eines Stinktanks, nämlich der Organisation Agora Energiewende hier in Berlin.

Ja, die hatten wir ja auch schon öfter im Programm.

Vor allen Dingen hatten die nämlich was ganz Interessantes veröffentlicht, was wir hier auch breit gefiltert und besprochen haben, nämlich bevor die Ampel an den Start ging,

hatten die so ein recht ausführlichen Vorschlag, wo ich es mal nennen, formuliert.

Was müsste denn die nächste Regierung tun, um im Klimaschutz die Ziele einzuhalten?

Hatten sie das wirklich bis auf Gesetzesformulierungen und Verordnungsvorschläge und so alles so runterdecliniert?

Und das ist eben unter der Ägide oder dem Vorsitz von Greichen damals noch in der Agora Energiewende passiert.

So, das kann man sich vorstellen.

Ein sehr exponierter, verfechter von Klimaschutzmaßnahmen, der macht sich nicht nur Freunde.

Und in dieser Woche ist jetzt tatsächlich, sagen wir mal, zweierlei hochgekocht.

Es geht also im Kern bei der Debatte um Fetternwirtschaft bei Herrn Greichen.

Zwei Vorwürfe. Zum einen sollen zu viele Familienmitglieder von Herrn Greichen quasi in seiner Nähe oder in der Nähe des BMWK arbeiten.

Und zum anderen geht es um eine umstrittene Mitwirkung von Herrn Greichen an einer Stellenbesetzung zu Gunsten seines ehemaligen Trauzeugs.

Also, der erste Vorwurf, würde ich sagen, den kann man relativ schnell abräumen.

Das ist der Dünnere, der eindeutig Dünnere der beiden.

Da geht es nicht um konkretes Vielfalt von Greichen, sondern einfach man könnte sagen, Stilfragen, obwohl Stil auch schon immer wieder impliziert, dass er da irgendwas aktiv hat, machen können.

Es geht einfach um die schlechte Tatsache,

dass sein Bruder und seine Schwester Verena Greichen im Öko-Institut arbeiten.

Das ist so ein privates Forschungsinstitut, wie der Name schon sagt,

wird man die sich auch Klima und Energiefragen,

vor allen Dingen und beide sind dort Senior-Researcher.

Und das Problematische ist, dass das Öko-Institut

seit vielen, vielen Jahren hochdotierte Aufträge vom Wirtschaftsministerium bekommt, an dessen Spitze nun Patrick Greichen steht.

Außerdem ist eben Verena Greichen auch noch mit einem Kollegen von Patrick Greichen

verheiratet, nämlich mit dem parlamentarischen Staatssekretär im BMWK Michael Kellnam.

Also, Öko-Institut und verheiratet.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

Jetzt kann man sich natürlich die Frage stellen, wo ist das Problem, wenn Bruder und Schwester von Patrick Greichen bei einem Institut arbeiten, das unter anderem vom BMWK Aufträge bekommt?

Nun ja, das wäre dann ein Problem, wenn diese Aufträge etwa wegen dieser familiären Nähbeziehung

zwischen diesen beiden Greichen Geschwistern und dem dritten Greichen Geschwister vergeben worden wären.

Was ist denn davon zu halten?

Na ja, jetzt muss man sagen, ja, das Öko-Institut bekommt seit vielen Jahren regelmäßig Aufträge vom Wirtschaftsministerium.

Studie hier, Studie dazu.

Und da sind es auch viel Geld geflossen.

Da sind viele Millionen Euro geflossen in den letzten Jahren.

So weit so gut, so weit so normal.

Denn die großen Aufträge sind eigentlich an das Öko-Institut geflossen unter dem vorherigen Wirtschaftsminister von der CDU, nämlich Minister Altmaier.

Und unter der Ampel sind diese Aufträge des Ministeriums an das Öko-Institut laut ST sogar zurückgegangen.

Ja, also mit anderen Worten, ja, da gibt es eine Nähbeziehung,

aber nein, die hat nicht etwa dazu geführt, dass das Öko-Institut bevorzugt worden wäre.

Im Gegenteil, wenn überhaupt, steht das Öko-Institut unter dem grünen Minister schlechter da als unter dem CDU-Minister vorher?

Ja, und dazu kommt noch, das gehört auch dazu, dass Verena Greichen nicht nur jetzt am Öko-Institut arbeitet,

sondern die wurde auch vom Wirtschaftsministerium in den sogenannten Nationalen Wasserstoffrat berufen.

Das ist also so ein Experten, Expertin-Gremium, die halt darüber Beratene und Tipps geben, wie Wasserstoff, grüner Wasserstoff vor allen Dingen in Deutschland vorankommen könnte.

Und da sitzt sie auch drin.

Aber auch in diese Position wurde sie nicht etwa unter H-Bag berufen,

sondern noch von dessen Amtsvorgänger als Chef des Wirtschaftsministeriums, nämlich CDU-Mann Peter Altmaier.

Deswegen, Philipp hat es eingangs gesagt, diese Family-Connection-Vorwürfe,

die sind zwar insofern berechnet, als da tatsächlich Familienmitglieder in einer gewissen inhaltlichen Nähe arbeiten,

aber es gibt bislang jedenfalls keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass da irgendetwas schräg gelaufen wäre.

Der zweite Vorwurf hingegen, Philipp, der ist deutlich gravierender.

Ja, der ist wirklich gravierender, und deswegen breiten wir den hier auch mal aus, weil man da was gesagt ja auch eine Menge lernen kann, wie gehen wir damit um?

Also konkret geht es darum, dass seit Monaten ein neuer Chef gesucht wurde für die deutsche Energieagentur DNA.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

Das wird immer so ein bisschen mit staatlichem Think Tank für die Energiewende umschrieben. Ich glaube, das kann man mal, es ist ein bisschen vereinfacht, aber es ist eine weitgehend staatliche Institution, die sich halt mit Energie, Energieversorgung auch beschäftigt und die untersteht halt dem Wirtschaftsministerium. Und dann gab es also in den letzten Monaten eine vierköpfige Findungskommission, die gebildet wurde aus vier Personen. Da waren zwei Staatssekretäre drin, der Greichen eben auch und die Chefin, die andere Chefin der DNA. Und die haben zusammen mit Hilfe einer Personalagentur nach Kandidaten gesucht. Wer eignet sich denn hier? Wer könnte sich denn als Chef, als neuer Chef oder Co-Chef es ist ja für die DNA eignen? Und bei dieser Kommission herausgekommen ist der Kandidatenvorschlag Michael Schäfer. Michael Schäfer saß für die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, hat vorher aber auch für die Umweltverbände den Naturschutzbund Deutschland NABU und den World Wildlife Fund WWF gearbeitet. Vor allem aber, und das macht die Sache so Juicy, er war vor, wenn auch 23 Jahren, mal Patrick Greichens Trauzeug. Also es ist eigentlich immer noch offiziell, wenn du einmal Trauzeuge bist, dann bist du immer Trauzeuge. Und die Entscheidung von Greichen, die ihn zum Trauzeugen zu machen, liegt 23 Jahre zurück. Also das muss man sich vorstellen. Da gibt es also die Vierköpfige Findungsfondition, einer von diesen vier Findern ist Patrick Greichen, dann gibt es halt 11 oder 12 Kandidaten, die singen davor, machen vorstellungsgespräche, einer davon ist halt sein Trauzeuge. Und der wird nun dem Aufsichtsrat der DNA und der Gesellschaft der Versammlung der DNA vorgeschlagen. Hier, das ist euer neuer Chef, das wäre doch ein guter Kandidat, beide Gremien der DNA stimmen zu und nun soll, also sollte, muss man sagen, Michael Schäfer am 15.6. als neuer zweiter Chef der DNA anfangen. Tja, und nun muss man sehen, da gibt es natürlich einen ziemlich offensichtlichen Interessenkonflikt, wenn wir mal unterstellen, dass die auch heute noch so eng befreundet sind, wie sie es vor 23 Jahren waren. Das weiß man nicht so richtig, aber das zeichnet sich ab, denn inzwischen hat auch Patrick Greichen diesen Interessenkonflikt selber angezeigt, nämlich bei Robert Habeck quasi seinem Chef. Das tat er aber jetzt nicht etwa gleich zu Beginn des Verfahrens, als quasi die Akte Michael Schäfer auf seinem Schreibtisch landete, sondern erst nachdem das ganze Verfahren eigentlich schon durch war, insbesondere Schäfer, schon von dieser Findungskommission benannt war. Ja, und nachdem der Spiegel ein Artikel ein bisschen allgemeiner,

## **[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

aber doch über, ich will mal sagen, grünen Filz im Wirtschaftsministerium geschrieben hat, ich glaube, da war der Fall noch nicht so explizit erwähnt, aber da dürften bei Greichen die Alarmglocken geläutet haben, so möchte ich es mal sagen. Also muss man sehen, Patrick Greichen hat das tatsächlich inzwischen auch eingeräumt, dass das ein Fehler war, auch Robert Habeck, der Minister, spricht von einem Fehler und dieser Fehler soll jetzt auch korrigiert werden, also das Auswahlverfahren wird neu gestartet, wobei jetzt niemand sagt, dass Schäfer ungeeignet sei. Also niemand erhebt den Vorwurf, dass quasi diese inhaltliche Entscheidung falsch gewesen ist, sondern der Vorwurf kreist darum, dass quasi an dieser Findungskommission in der Person von Patrick Greichen, dem Staatssekretär, jemand mitgewirkt hat, der einfach nicht neutral war, weil er viel zu nah dran war an Michael Schäfer. Und dementsprechend, Philipp, gab es jetzt in dieser Woche große Aufregung. Richtig, fetternwirtschaft war nur ein Vorwurf, die Union hat gleich den Rauswurf von Patrick Greichen gefordert. CDU-Generalsekretär Majo Chaya sieht gar die Integrität des Bundeswirtschaftsministers selbst infrage gestellt, wie er sagte, und CSU-Generalsekretär Martin Huber sagte, die Grünen machen das BMWK, also das Wirtschafts- und Klimamisterium zum Familienministerium. Um bei HBK hier zu machen, muss man offenbar Teil der Familie sein. Robert Habeck muss die fetternwirtschaft im BMWK um den gleichen Klaren aufklären, Patrick Greichen, ist nicht mehr als Staatssekretär haltbar. Tja, also in Sachen... Das spricht der Fachmann. Das spricht der Fachmann. In Sachen Fetternwirtschaft sind CSU-Leute nun mal Experten. Da galt es ja jahrzehntelang quasi als guter Brauch, dass CSU-Landtagsabgeordnete quasi alle Männer ihre jeweiligen Ehefrauen in allen möglichen Positionen beschäftigt haben auf Staatskosten. Also, die CSU ist da tatsächlich ganz nah dran am Problem, aber auch CDU-Abgeordnete Timan Kuban und vor allem Boss der Jungen Union, Timan Kuban, sprach Zitat von mafiosen Tendenzen. Stefan Brandner von der AfD sah grüne Klarnstrukturen am Werk. Jürgen Trittin von den Grünen hat im Deutschlandfunk dagegen von einer Kampagne gesprochen, sagt der Fall, war ein Fehler, ist jetzt gelöst, bitte gehen Sie weiter. Nichts mehr zu sehen. Nichts mehr zu sehen. Also ich glaube, die Wahrheit liegt da so ein bisschen in der Mitte. Man kann sich natürlich jetzt die Frage stellen, schreien die Leute rum, weil sie die Person greichen und vor allem seinen Engagement für Klimaschutzpolitik falsch finden und deswegen Person und Politik zusammen versenken wollen.

## [Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg

Oder regen sich die Leute auf, weil tatsächlich eine Regel gebrochen wurde und falls ja, was ist denn ganz konkret diese Regel, die da gebrochen wurde? Ja, vor allen Dingen haben wir das jetzt auch noch mal reingeschrieben, weil das ja eine ganz grundsätzliche Frage ist für gesellschaftliche Diskussionen. Da wird sich manchmal sehr aufgeregt, weil es ein Aufreger gibt. Die Emotionen schwaben hoch und alle rufen hier, CETA und Mordio hier und da und dann kann man, glaube ich, in sehr vielen gesellschaftlichen Debatten dazu aufrufen, sich einmal zurückzulehnen und zu sagen, okay, Aufregen ist einfach, Federnwirtschaft, das klingt auch nicht gut. Aber was sind denn hier konkret die Regeln, die gebrochen werden? Menschen müssen klare Vorgaben haben, was zu tun ist und was sie lassen soll. Und wenn wir uns darauf irgendwie mal geeinigt haben, das müssen ja nicht immer Gesetze sein. Das können ja auch irgendwelche gesellschaftlichen Normen sein oder so. Aber die muss man zumindest mal benennen. Der Hintergrund ist dafür, wenn wir möchten, dass Menschen sich an Regeln halten, dann müssen wir uns bei solchen Skandaldebatten schon die Mühe machen, solche Regeln auch mal zu formulieren. Denn andersherum, wenn wir einfach nur unklare Vorwürfe erheben, wie zum Beispiel Federnwirtschaft, dann führt das eben im Zweifel nicht dazu, dass Menschen sich hinterher anders verhalten, weil sie ja gar nicht wissen, wie die Regel der eigentlich lautet. Unklare Vorwürfe verunsichern nur die Menschen, führen zu viel Aufregung. Die ermöglichen es aber gerade nicht, sich hinterher korrekt zu verhalten. Denn dazu muss man ja wissen, was die Verhaltensnorm ist. Das nennt sich im Strafrecht so schön die Garantiefunktion des Strafrechts. Es gibt halt strafrechtliche Normen, die verbieten Diebstahl, Mord und was weiß ich nicht noch alles. Und da weiß man, okay, wenn ich dagegen verstoße, mache ich mich strafbar. Aber wenn ich die Regeln allein halte, dann bin ich halt auch nicht strafbar. Das heißt, man hat quasi einen garantierten Raum der Freiheit, solange man sich nur an diese Norm hält. Und deswegen reiten wir so auf der Frage rum, um welche Regeln geht es denn hier? Geht es überhaupt nicht jetzt um konkret Korruption, sondern generell bei solchen Skandaldebatten lohnt sich die Frage nach den Normen, um die es eigentlich geht. Also ich würde mal sagen, klar ist, hier gibt es einen Interessenkonflikt in Patrick Greichen, den er nicht, zumindest nicht rechtzeitig, offengelegt hat. Aber das ist klar. Er hat einerseits die Interesse eines Verwaltungsbeamten, eines Chefs, der neue Positionen besetzen soll. Und andererseits das Interesse, ja, da gibt es familiäre, freundschaftliche Verbindungen, die einfach eine andere Interessenkonstellation darstellen.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

Er hat einfach mit seinem Best Body Vorstellungsgespräche geführt und nicht ein einziges Mal offensichtlich gedacht oder zumindest nicht so gehandelt. Sollte ich das wirklich machen?

Wie liegt die Akte von meinem Trauzeugenoffen-Tisch für die Besetzung eines gut bezahlten, hochdotierten Jobs in einer öffentlich bezahlten Job? Sollte ich das wirklich machen? Sollte ich hier wirklich dabei sein oder mich nicht zurückziehen? Das hat er nicht gemacht. Also Bauchgefühl ist klar. Bauchgefühl ist klar. Und die Frage ist jetzt, wie soll man mit solchen Interessenkonflikten in der Politik und vor allen Dingen in der Verwaltung umgehen? Ja, aber trotzdem bleibt eben die Frage, welche Norm hat er verletzt. Ich glaube, das ist schon zweierlei. Man muss sich die Frage stellen, was hat er getan, was er nicht hätte tun dürfen. Und umgekehrt spiegelbildlich bedeutet das dann, wie muss man sich verhalten, damit man quasi auf der richtigen Seite der Geschichte steht. Und da gibt es in diesem Fall im Kern drei Regeln, die so infrage kommen. Zum einen gibt es eine Richtlinie der Bundesregierung zur Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung. Dann gibt es quasi da nochmal eine erläuternde Regel dazu. Das nennt sich Verhaltenskodex gegen Korruption. Da gibt es keine Gesetze, alles so untergesetzlich enorm. Und schließlich, das ist jetzt ein Gesetz, nämlich das Verwaltungsverfahrensgesetz. Haben wir auch alles verlinkt. Festhalten können wir diese Richtlinie der Bundesregierung zur Korruptionsprävention. Haben wir gelesen, es ist nicht so irre langführt, aber hier nicht weiter, in Sinne von, ja, da wird über Korruption gesprochen. Das ist hier offensichtlich nicht der Fall. Also die trifft einfach nicht. Nee, klarer ist der Fall schon beim Verhaltenskodex. Da lässt sich der Vorwurf relativ deutlich drunter subsumieren. Denn in diesem Verhaltenskodex heißt es... Erkennen Sie, also das ist wie eine Anleitung für Behördenangestellte, für Verwaltungsangestellte und Beamte, erkennen Sie bei einer konkreten dienstlichen Aufgabe, eine mögliche Kollision zwischen Ihren dienstlichen Pflichten und Ihren privaten Interessen, oder denen in Interessen Dritter, denen Sie sich verbunden fühlen, so unterrichten Sie darüber, Ihren Vorgesetzten oder Ihre Vorgesetzte damit angemessen reagiert werden können, mögliche Kollision zwischen Ihren dienstlichen Pflichten und Ihren privaten Interessen oder den Interessen Dritter,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

denen Sie sich verbunden fühlen können.  
Mögliche Kollision, dienstliche Pflichten, Interessen Dritter.  
Das macht im Grunde völlig klar.  
Natürlich hat der Trauzeuge ein Interesse daran, den Job zu kriegen, dass er sich nicht beworben.  
Und das dienstliche Interesse allerdings, oder die dienstliche Pflicht ist, besten auslesen.  
Das heißt also für einen Job in der Verwaltung, den bestmöglichen Kandidaten, die bestmögliche Kandidaten mit anderen Worten hergreichen, hätte sich nach diesen Regelungen völlig klar bei der Besetzung der Dänerspitze sofort selbst aus dem Spiel nehmen müssen.  
Dagegen hat er ganz eindeutig verstoßen.  
Er hätte zumindest sein Vorgesetzten, so steht das jetzt hier, informieren müssen, damit der angemessenen Reaktion...  
Ja gut, aber da steht ja hin, bei angemessenen Reaktionen zum Beispiel Befreiung von Tätigkeit im konkreten Einzelfall.  
Ja, das hätte dann die logische Folge sein.  
Er hätte dann halt sagen müssen, hey Robert, das hat sich übrigens mein Trauzeuge beworben, ich bin da in einer Kommission, keine gute Idee, ich mach das nicht weiß.  
Such mal jemand anders.  
So mal jemand anders.  
Also das wäre mit einem Telefonanruf hoffentlich oder einem Vermerk hoffentlich vom Tisch gewesen.  
Aber dazu muss man eben die nötige Sensibilität mitbringen.  
Gegen diese Verhaltensnorm, wenn auch nicht gegen ein Gesetz hat, gerade ich hier völlig eindeutig verstoßen, fragt sich natürlich, was könnte denn die Folge, die Sanktionen möglicherweise sein?  
Ja, um das rauszufinden, habe ich mal bei Normen Löffel angerufen, der ist Fachmann für diese Fragen bei Transparency International Deutschland, also einer NGO, einer Nicht-Regierungsorganisation, die sich Transparenz auf die Fahnen geschrieben hat, um solchen Problemen auf die Spur zu kommen.  
Und Normen Löffel sagt auf die Frage, was müsste denn hier die Sanktionen eigentlich sein für Patrick Gereichen?  
Das ist die Aufgabe des Ministers zu entscheiden.

## **[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

In jedem Fall sollte er eine diskriminierende Abmahnung bekommen, denn das kann eigentlich nicht sein, er müsste darüber informiert sein.

Und natürlich sollte er nochmal explizit auf diese Regeln hingewiesen werden.

Das gilt übrigens nicht auf die Ihnen, das gilt auch für die parlamentarische Staatssekretärin, für die es offiziell überhaupt keine Vorgaben gibt.

Da muss ich noch kurz sagen, es gibt in dem Ministerium vier verbeamtete Staatssekretäre und zwei parlamentarische Staatssekretärinnen.

Und der große Unterschied ist in diesem Fall hier, die wenigen und schwammigen Regeln, die es gibt für diese Fälle, Interessenkollision, Korruption, halt nur für die vier verbeamteten Staatssekretäre, von denen Patrick Gereichen einer ist, für diese parlamentarischen Staatssekretäre, so zumindest die Auskunft von Transparency International, gibt es de facto keinerlei Regel.

Ja, Hintergrund ist, die parlamentarischen Staatssekretäre sind, wie der Name schon sagt, parlamentarier, also Mitglieder des Deutschen Bundestages, die außerdem noch so ein Staatssekretärs-Job haben im Parlament, aber eben nicht als Beamte, sondern die Idee ist so ein bisschen, die Exekutive und die Legislative enger aneinanderzukommen. Das macht noch lange nicht.

Also Verstoß gegen diesen Verhaltenskodex ist das eine, jetzt kommt das Verwaltungsverfahrensgesetz ins Spiel. Verwaltungsverfahrensgesetz, das ist das Bundesgesetz, das regelt, wie Verwaltungsbehörden eine bestimmte Frage entscheiden, also wie sie einen Bebauungsplan aufstellen oder eben auch wie sie einen Stelle besetzen, wie in diesem Fall in dieser DENA-Kommission.

Und das Verwaltungsverfahrensgesetz, das beschäftigt sich unter anderem mit der Frage der Besorgnis der Befangenheit, im Hintergraf 21.

Nämlich, und hier heißt es Absatz 1,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

liegt ein Grund vor, der geeignet ist,  
Misstrauen gegen eine unparteiische Amtsausübung zu rechtfertigen.  
So hat, während einem Verwaltungsverfahren  
für eine Behörde tätig werden soll,  
den Leiter der Behörde oder den von diesen Beauftragten  
zu unterrichten und sich auf dessen Anordnung  
der Mitwirkung zu enthalten.  
Also auf Deutsch liegt ein Grund vor,  
der geeignet ist Misstrauen.  
Das ist wirklich eine relativ niedrige Latte eigentlich.  
Wenn ein Grund dafür da ist,  
dass Misstrauen entstehen könnte in die unparteiische Amtsausübung,  
dann muss die Person, die an diesem Verwaltungsverfahren beteiligt ist,  
vorgesetzt oder einen von den Vorgesetzten der Vorgesetzten  
beauftragten Menschen informieren.  
Ja, nun muss man sehen, es gibt so ein bisschen Zweifel,  
in welcher Weise genau dieses Gesetz hier greift,  
weil Beamtenrechtlich nämlich gar nicht so ganz einfach ist,  
ob der Greichen als Staatssekretär überhaupt einen Vorgesetzten hat,  
das ist rechtlich gesehen seinen Vorgesetz.  
Da konnten wir jetzt kurzfristig nicht klären, aber klar ist auch,  
er hätte auf jeden Fall eben den Minister fragen können  
oder die Person, die als Antikorruptionsbeauftragte des BMWK tätig ist,  
da wird es sicherlich irgendwen geben, der dafür zuständig ist.  
Also da hätte es schon Wege gegeben.  
Aber man muss sich ja vor allem die Frage stellen,  
ob Greichen denn jetzt eigentlich befangen wäre im Sinne dieses Gesetzes.  
Und wir haben jetzt nicht direkt in eine gescheitliche Entscheidung gefunden  
zu dem Fall des Verwaltungsverfahrensgesetzes,  
sondern es gibt natürlich parallele Regelungen  
zur Besorgnis der Befangenheit auch in allen möglichen Prozessordnungen,  
unter anderem auch in der Zivilprozessordnung.  
Und dazu hatte das Oberlandesgericht München vor etwa zehn Jahren  
mal über den Fall eines Richters zu entscheiden,  
bei dem der Anwalt einer der Parteien in einem Zivilrecht streit,  
also wo sich zwei streitende Parteien gegenüberstanden, Trauzeugen gewesen war.  
Also zwei Parteien vor dem Landgericht, beide haben einen Anwalt,  
und der eine Anwalt war zufällig Trauzeugen gewesen des Richters.  
Und da sagt das Oberlandesgericht in München völlig klar,  
eine Freundschaft, also Freundschaft, die über eine bloße Bekanntschaft,  
man grüßt sich hinausgeht.  
Und ihren Ausdruck sogar darin findet, dass man Trauzeugen war,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

ist mit einer Verwandtschaft vergleichbar, sagt das ORG.  
Und außerdem weiß es daraufhin, dass es ja nicht darum geht,  
ob der Richter oder bei 21 Verwaltungsverfahrensgesetz  
die Verwaltungsmitarbeiterin, der Verwaltungsmitarbeiter,  
tatsächlich befangen ist,  
sondern es geht allein um den Anschein.  
Denn, sagt das Oberlandesgericht,  
es ist der anderen Partei nicht zuzumuten,  
darauf zu vertrauen,  
dass eine unzulässige Einflussnahme schon unterbleiben werde.  
Da reicht also die reine Sorge aus,  
dass es eine Befangenheit sein könnte, um zu sagen, geht nicht.  
Und das ist ja derselbe Geist,  
der auch aus Paragraph 21 Verfahrensgesetz,  
Verwaltungsverfahrensgesetz spricht.  
Wenn es ein Grund dafür gibt, der geeignet ist, Misstrauen zu sehen,  
dann gehen schon die roten Lichter an.  
Mit anderen Worten, auch da muss man sehr deutlich sagen,  
auch nach den Maßstäben von Paragraph 21  
des Verwaltungsverfahrensgesetzes,  
hätte Patrick Reichen sich aus dem Spiel nehmen müssen.  
Was ist denn jetzt die Lehre?  
Man kann festhalten, es gibt Regeln,  
zumindest für die verbeamteten Staatssekretäre  
und sowieso für alle anderen Verwaltungsmenschen in den Behörden auch.  
Aber die sind schon recht schwammig  
und auch unverbindlich,  
und es gibt auch die Verwaltungsverfahrensgesetzes,  
die sich in den Bergen verabschieden.  
Und irgendwelche Kodizes und so richtig Gesetzescharakter  
haben die zumindest auf Bundesebene nicht.  
Ich finde, das kann man generell so sagen.  
In diesem Fall würde ich sagen,  
ist die Sache spätestens durch 21 Verwaltungsverfahrensgesetz relativ klar.  
Aber wenn jetzt der nicht einschlägig wäre  
und wenn es nur um diesen Verwaltungskodex ginge,  
dann würde ich auch sagen, da bräuchte es mehr Regelungen.  
Und das ist ja auch die Forderung von Transparency International,  
dass sie in den Bergen verabschieden werden.  
Nicht immer hat man quasi den glücklichen Fall,  
dass es schon ein Gesetz gibt, das den Fall regelt.  
Das sagen Sie, in vielen Bundesländern sei das der Fall,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

weil da die Kommunen noch mit den Ländern verhandelt werden müssen.

Und deswegen hätten viele dieser Interessenskonflikt und Korruptionsregelungen in den Bundesländern oft schon Gesetzescharakter.

Also da gibt es durchaus Vorbilder.

Ja, ein Spezialproblem in diesem konkreten Fall ist, dass es ja gar nicht so richtig um Korruption geht, eine Stelle zu besetzen hat.

Und da findet unser Ansprechpartner bei Transparency International ganz unabhängig auch vom konkreten Fall, das Stellenbesetzungsverfahren in Deutschland viel zu intransparent ablaufen.

Denn Stellenbesetzungsverfahren und insbesondere auch das Ergebnis, zudem diese Verfahren kommen, die würden kaum objektiv geprüft, so jedenfalls die Kritik.

Denn die Öffentlichkeit bekommt in aller Regel ja gar keinen Einblick in die Bewerbung.

Also man erfährt nicht, wer sich bewirbt für ein öffentliches Amt.

Schon mal gar nicht erfährt man die Bewerbungsunterlagen.

Das wäre ja auch total spannend, welche Zeugnisse haben die Leute denn eigentlich und was für Beurteilung oder so.

Und man sieht auch öffentlich nicht das Ranking.

Die einzige Möglichkeit, so ein Besetzungsverfahren zu kontrollieren, ist die sogenannte Konkurrentenklage.

Also wenn eine Konkurrentin um die Stelle, die die Stelle nicht bekommen hat, hinterher hingeht und zum Beispiel das Verwaltungsgericht anruft.

Aber dazu muss man eben immerhin eine Klage anstrecken.

Mit einem Risiken.

Mit einem Vorstrecken oder einem Verlierers.

Da musst du zahlen und so.

Ja, vor allem gilt das ja oft als Ende der Karriere.

Es hängt so ein bisschen von dem sozialen Kontext ab.

Aber es gibt so bestimmte Bereiche, wo man das einfach nicht macht.

Das war lange in der Justiz auch so,

dass man einfach nicht umstellen,

sich klopfte vor dem Verwaltungsgericht.

Das ist so in den letzten Jahren so ein bisschen eingerissen.

Es gab da in Berlin auch eine Reihe von Besetzungsverfahren, die extrem Streitig waren.

Aber das war lange Zeit ein totales No-Go.

Und es wurde einem vor allem von der Dienstbehörde

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

auch extrem zum Nachteil angerechnet.  
Das lief tatsächlich so.  
Man musste warten, bis man angerufen wird.  
Ah, wir haben hier eine Ausschreibung.  
Bewerben Sie sich da doch mal.  
Und wer sich bewarb, ohne angerufen worden zu sein,  
der kriegt den schwarzen Strich auf die Personalakte.  
Das hat natürlich nie irgendwer offiziell gesagt.  
Aber so lief das halt in der Praxis ab, in ganz vielen Behörden.  
Und deswegen ist es, also der Bottom Line ist,  
es gibt einfach bislang keine effektive Kontrolle  
von Besetzungsverfahren.  
Aber wenn es die International sagt,  
das könnte auch besser laufen.  
Sie sagen, das gibt abrupte Verfahren,  
wie man die Qualität von Besetzungsverfahren  
eben deutlich verbessern kann.  
Das sagt uns Norman Lockel von Transparency International.  
Er sagt, wir können da durchaus vom Ausland lernen.  
Denn dort gibt es zum Teil eine eigene Behörde,  
die für die Besetzung von Stellen in der Verwaltung zuständig ist.  
So eine Behörde würde erst einmal transparent schaffen,  
indem sie offen liegt, wie die Verfahren ablaufen.  
Das läuft im Ausland auch über anonymisierte Listen,  
wo man schauen kann, wer wie in den jeweiligen  
Auswahlverfahren abgeschnitten hat.  
Diese Behörden ermöglichen auch eine einfache Überprüfung  
von Auswahlverfahren,  
sodass man sich nicht auf langweilige Gerichtsprozesse  
einlassen muss.  
In einen Worten, es lässt sich für die Öffentlichkeit,  
aber auch für die Betroffenen sehr leicht erkennen,  
ob tatsächlich eine leistungsorientierte Einstellung erfolgt ist  
oder ob tatsächlich eher parteipolitische Kriterien  
eine Rolle gespielt haben.  
Oder sogar rein persönliche Interesseverknüpfung.  
Stellen wir uns das nur vor bei Patrick Reichen  
und dieser DNA-Besetzung.  
Wenn es da jetzt öffentliche Listen gibt,  
es wäre klar, wer hat sich da beworben.  
Dann wäre das vielleicht schon viel schneller aufgefliegen  
oder gar nicht erst so weit gekommen.

## **[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

Vorbild sagt Herr Löckl sein Kanada-Irland,  
aber vor allem die EU.

In der EU gibt es nämlich eine eigene Behörde namens Epsos,  
die für die Stellenbesetzungen zuständig ist.

Da läuft das so in so einem ganz grob in einem zweistufigen Verfahren.

Epsos führt regelmäßig für die EU in sogenannten Konkurs durch.

Das ist ein bisschen nach französischem Vorbild.

Das ist so eine Art Bewerbungsverfahren slash Assessment Center

für alle, die bei der EU arbeiten wollen,

in ganz unterschiedlichen Positionen.

Das heißt, man bewirbt sich jetzt nicht für den einen Job

in der Generaldirektion sonst was,

sondern man bewirbt sich pauschal für Jobs bei der EU.

Dann landet man, wenn man es schafft,

in einem großen Pool von Menschen, die eingestellt werden können.

Aus diesem Pool können EU-Behörden Menschen gewinnen

bzw. aus diesem Pool heraus kann man sich dann gegebenenfalls

auch auf Stellen bewerben.

Es gibt da einen ersten Vorfilter, wo die fachliche Eignung gecheckt wird.

Alle, die in diesem Pool landen, sind im Prinzip super.

Dann geht es überhaupt um die Frage,

wo werden die Leute möglicherweise eingesetzt

und auch lange nicht alle, die einmal in dem Pool gelandet sind,

bekommen dann auch hinterher eine Stelle

bei der EU-Kommission zum Beispiel.

Ja, und diese Behörde bietet halt,

ist halt auch noch Anhörungsinstanz für Bewerber-Bewerberinnen

und Behörden können das dann auch checken,

selber checken und checken lassen.

Also das hat viele Vorteile für eigentlich alle Beteiligten

für die Behörden selber, für die Bewerber-Bewerberinnen,

auch für die Öffentlichkeit.

Es ist einfach ein unabhängigeres, transparenteres

und besser geregeltes Verfahren,

um wirklich der Besten auszuwählen.

Jetzt gibt es aber ja noch ein Vorwurf,

der ein bisschen darüber hinausgeht

und der jetzt nicht nur Greichen betrifft,

sondern auch Robert Habeck und das ganze Ministerium.

So der Vorwurf, ja, da in diesem Klimaministerium,

da sitzt ja so eine grüne Truppe.

Es ist quasi rekrutiert aus Weggefährten,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

Weggefährten der Umweltbewegung.

Ja, so möchte ich mal sehen,  
das ist ein Ministerium mit Hunderten von Referentinnen  
und Referenten.

Und wir haben es hier mit einer Hand voll von Menschen zu tun.

Der Eindruck, der da erweckt wird,  
ist, denke ich, schon mal reinzahlenmäßig,  
nicht so ganz nachzuverziehen.

Und wir haben auch in der Lage schon immer wieder darüber berichtet.

Ich denke da zum Beispiel an diese Förderungen  
für die Energiehäuser Philipp,  
dass da also in Hintergrundgesprächen uns sehr deutlich gemacht wurde.

Also die politischen Vorgaben der Hausleitung  
werden auch ganz gerne mal ausgebremst von Leuten,  
die hier im Apparat noch irgendwie warm und trocken sitzen  
oder aus CDU-Zeiten stammen.

Also ich glaube, man kann wirklich nicht sagen,  
dass das ganze Haus da jetzt irgendwie auf Linie sei.

Aber trotzdem lohnt es sich natürlich mal,  
sich die Frage zu stellen,

sind diese Netzwerke irgendwie ein Problem, Philipp?

Und du hast da jetzt mal so verschiedene Typen aufgemacht.

Da gibt es zum Beispiel den Netzwerk Typ 1,  
wo die Leute inhaltlich fachlich verdrahtet sind.

Ja, da würde ich schon sagen,

dass das mit so der unproblematisch,  
nicht völlig unproblematisch,  
aber so der Normalheit,

wo man sagt, ja, die Leute kennen sich,

man muss zusammenarbeiten,

dazu gehört einfach Vertrauen

so sehr wie Fachkenntnis.

Und das macht man halt mit Leuten,

die man kennenlernt, die man in fachlichen Kreisen kennenlernt.

Und natürlich gibt es da Netzwerke,

man tauscht sich aus und davon profitiert auch, glaube ich.

Die Öffentlichkeit, da gibt es durchaus einen Mehrwert.

Aber im öffentlichen Dienst,

in der Verwaltung, in Ministerien,

gibt es da halt Hürden.

Genau, also ganz klar, im öffentlichen Dienst geht das nicht.

Im öffentlichen Dienst geht das eben nicht.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

Das persönliche Netzwerke,  
das zentrale Kriterium zum Gegenteil,  
da gilt halt ganz klar die besten Auslese.  
Also die öffentliche Verwaltung  
muss nach objektiven Kriterien  
und nicht nach Netzwerken einstellen.  
Jedenfalls bei den allermeisten Stellen.  
Da darf die persönliche Nähe keine Rolle spielen.  
Aber es gibt auch Ausnahmen.  
Und da, glaube ich, ist diese Geschichte  
mit diesen persönlichen Netzwerken  
tatsächlich auch mal in Ordnung.  
Das sind nämlich die sogenannten Führungspositionen.  
Also Stichwort politische Beamte.  
Das sind also Beamte-Abteilungsleiter aufwärts zum Beispiel.  
Die können nämlich jederzeit  
in den ein, zwei Dingen Ruhestand versetzt werden,  
wenn das Vertrauensverhältnis zur Hausspitze zerrüttet ist.  
Zerrüttet ist, genau.  
Und das ist dann auch für die Leute hart.  
Ohne Begründung jederzeit,  
aber auf der anderen Seite bei voller Bezahlung bis zur Pension.  
Fallenweich.  
Fallenweich.  
Aber klar, das Argument ist,  
Minister-Ministerin braucht einfach Vertrauenspersonen  
in seinem, in ihrem Umkreis.  
Und deswegen können Abteilungsleiter aufwärts  
die Leute mit bekannten, vertrauten, besetzt werden.  
Das macht ja schon Sinn,  
dass sich Habeck und Greichen mit Klima- und Umweltexperte umgeben.  
Nicht irgendwie mit einer Leugner-Innen des Klimawandels,  
dann mit denen man jeden Morgen erst mal Grundsatzdebatten führen muss.  
Und in diese Kategorie  
fällt so dieser, würde ich mal sagen,  
so dieser anderthalbte angebliche Skandal  
in der Ampel der Filzkandal,  
nämlich der angebliche Filzkandal  
bei Volker Wissing  
im Verkehrsministerium.  
Also Bild irgendwie scharf geschossen.  
Find ich total interessant, ne?

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

Die Bild, wie man was den Döpfner SMS weiß,  
von Döpfner eigentlich, also vom Springer-Boss,  
eigentlich auf pro FDP-Kurs eingeschworen ist.  
Die Bild hätte zur Abwechslung also mal gegen die FDP geschossen  
und zwar mit der Überschrift, Zitat.  
Das ist auch Filzalarm bei der FDP.  
Der Vorwurf war,  
dass Volker Wissing gleich mehrere Stellen  
in seinem Verkehrsministerium  
mit alten Vertrauten aus den Reihen der FDP  
besetzt habe.  
Ohne die Position auszuschreiben.  
Das ist der Vorwurf, ne?  
Und es soll da um 18, insgesamt 18,  
Stellen gegangen sein,  
die ohne Ausschreibung vergeben wurden.  
Davon, das ist wohl bekannt, 5 Abteilungsleiter.  
So geht das zumindest  
aus der Antwort auf eine kleine Anfrage  
der Unionsfraktion im Bundestag hervor.  
Die Bild.de angeblich vorlegt.  
Wir konnten jetzt nicht checken,  
was diese anderen Positionen umfassen,  
ob das auch Abteilungsleiter sind oder andere.  
Das konnte man jetzt nicht so genau sagen.  
Ich habe deswegen mal Norman Löckel auch hier  
von TI Deutschland auch nach diesem Fall gefragt.  
Ob er da ein Problem,  
ein Skandal sieht,  
Zitat, völlig üblich in Deutschland,  
war schon immer so,  
keine Unart der FDP  
macht jede andere Farbe auch so.  
Kein Rechtsverstoß.  
Das ist einfach so.  
Das ist halt diese Sonderregel,  
Abteilungsleiter, Staatssekretäre und so weiter.  
Da kann man eben den einen, zwei in den Ruhestand versetzen.  
Aber auf der anderen Seite  
kann man sie eben auch nach politischen  
oder persönlichen Gesichtspunkten besetzen.  
Das finde ich auch richtig, ich meine mal ganz ehrlich.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

Das ganze Ministerium kann man natürlich nicht farblich kodieren, aber dass man wenigstens seine unmittelbare Umgebung und die Leitungsebene quasi auf Linie bringt, finde ich total normal. Das ist ja auch so ein Haus zu führen sein. Löffel sagt, das muss man nicht so machen. Es gibt durchaus Länder, UK zum Beispiel, da ist das anders. Da überleben angeblich auch solche politischen Beamten, also herausgehobene Positionen, auch so Regierungswechsel und solche Sachen. Wie gesagt, das kann man so machen. In Deutschland ist die Lage ziemlich klar. Politische Beamte, Abteilungsleiter aufwärts, darf man ohne Ausschreibung besetzen. Im UK wird es übrigens auch schon seit Jahrzehnten als Problem gesehen. Falls jemand zufällig diese wunderschöne BBC-Satire-Serie mit einem Minister, ich will das nicht tief vertiefen, aber guckt euch das mal an, gibt es bestimmt irgendwo in diesem großen, weiten Internet, da sieht man nämlich sehr schön wie ein Minister, der Minister for Administrative Affairs, Mr. Hacker, von seinen beiden Mitarbeitern in seinem Büro letzten Endes bei jeder einzelnen Frage an die Wand gespielt wird. Es ist ganz großartig, diese beiden Jungs, die leben so richtig schön in dieses Motto, um mir doch wurscht, wer unter mir Minister ist. So, das ist so der eine Netzwerküb, bekannte fachliche, fachliche, freundschaftliche Beziehungen. Das ist ein sehr starken Netzwerküb, den finde ich schon ein bisschen schwieriger. Da ist es, wenn zu diesem Netzwerk wirtschaftliche Interessen sich dazu gesellen. Also wenn dann auch finanzielle Interessen von bestimmten Gruppen und einem selber mit dem Gemeinwohl konfliktieren. Also was weiß ich, wenn Abgeordnete in Aufsichtsräten, in X-Aufsichtsräten

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

mitunter von Banken beispielsweise sitzen  
und dann über Bankenfragen  
im Parlament entscheiden sollen,  
dann ist das eine Art von Netzwerk,  
finde ich, die extrem problematisch ist.  
Ja, insbesondere wenn die Banken  
dann auch noch schön Gesetzentwürfe  
für Bankenregulierung schreiben  
und der Mensch es im Ausweg sagt,  
die dann auch noch politisch quasi einbringt und so.  
Also dann, da gibt es halt alle möglichen Formen  
von Filz, die einfach extrem gefährlich sind.  
Ja, so, das ist, das ist so,  
das ist so, wirklich sagen, die zweite Kategorie  
und die dritte, und da kommen wir dann wieder  
zum Anfang zurück, ist halt der Netzwerktyp Familie.  
Auch da gibt es einfach Interessen  
und Bindung in der Familie,  
die mit dem Gemeinwohl konfliktieren können.  
Wenn Familienmitglieder einfach  
fachlich Unsinn machen,  
dann ist es einfach schwieriger,  
Konsequenzen zu ziehen, weil es nicht  
nur eine fachliche Ebene gibt,  
wo man dann sagt kann, so hast du einen schlechten Job gemacht,  
du musst gehen, sondern es gibt  
eben diese familiäre Ebene, wo man die Leute  
wieder sieht, wo es Abhängigkeiten gibt, wo man sie dann  
bei Familie treffen, wo man sich rechtfertigen muss  
und so, was dann eben dazu führen kann,  
dass die Konsequenzen nicht rein fachlich  
inhaltlich so gezogen werden,  
wie sie gezogen werden müssten.  
Ja, also Beispiel, wenn also jetzt  
gleich ins Trauzeuge bei der Diener  
einen schlechten Job machen sollte  
und es haben wir jetzt nochmal geprüft,  
aber da irgendwie für irgendeine Form  
von Aufsicht zuständig ist, ist natürlich schwierig.  
Er kann den Mann ja nicht einfach so rausschmeißen  
oder ohne sich mit seinem Trauzeuge.  
Ja, ich glaube für den Rausschmiss wäre hier Aufsichtsrat

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

im Gesellschaft der Verabendung zuständig,  
deswegen ist das jetzt auch ein bisschen kompliziert,  
diesen Prozess neu aufzurollen.  
Aber trotzdem, das ist im Prinzip das Fatale  
an solch familiären Beziehungen  
als Fazit in Sachen Greichen.  
Also ich denke, Greichen hat  
hier gegen das Verwaltungsverfahrensgesetz  
verstoßen nach allem, was wir wissen,  
aber er hat auf jeden Fall das politische Gespür  
vermissen lassen und diese Antikorruptionsregelung  
dies ja gibt, auch wenn sie nicht  
direkt gesetzlich sind, verletzt.  
Damit hat er einfach einen großen politischen Fehler gemacht,  
er hat nämlich politischen Gegnern,  
Munitionen geliefert, gegen ihn persönlich,  
aber das nutzt man dann natürlich auch,  
um die Gesetze zu zerpflücken,  
für die eben Herr Greichen zuständig ist,  
für besondere klimaschützende Gesetze,  
wie die Regelungen zum Heizaustausch  
und andere Gesetze.  
Und mal ganz ehrlich, das ist halt auch ein riesiges  
politisches Problem für Robert Habeck  
eben als Chef von Herrn Greichen,  
denn für ihn ist ja seine persönliche Glaubwürdigkeit  
eigentlich fast seine wichtigste Waffe,  
sein wichtiges Pfund, mit dem er wuchern kann.  
Er kann eben relativ gut reden  
und er stellt sich auch hin und versucht,  
die Menschen zu überzeugen  
und dafür ist eben Glaubwürdigkeit unabdingbar.  
Und wenn er die verspielt hat,  
hat er dann einfach ein Problem.  
Ich glaube, es ist aber auch wahr,  
dass die Gegner Greichens diese Vorlage natürlich  
jetzt nutzen,  
um ihren ohnehin  
sehr aktiven Kampf gegen die Klimapolitik  
neu zu intensivieren.  
Rücktrittsforderungen  
links und rechts haben wir gesagt

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

und ich finde, das ist glaube,  
das ist auch eben gefährlich für Habeck,  
weil jetzt, wenn es wirklich dazu führt,  
dass er jetzt zurücktreten muss  
oder dass zum Beispiel dann sein Heizungsgesetz  
im Parlament liegt so nicht durchkommt  
oder völlig zerflückt wird,  
dann wird das für ihn einfach gefährlich,  
weil es ja letztlich für ihn auch darum geht,  
werde ich Kanzlerkandidat oder nicht?  
Wir haben in was zwei Jahren Wahlen,  
er will Kanzler werden, glaube ich,  
davon kann man mal ausgehen.  
Und wenn es ihm jetzt gelänge,  
dieses Heizungsgesetz durchzubringen  
und eine wirklich unkondizierte gute Förderung  
auf dem Weg zu bringen, wo alle sagen, ja super,  
dann stünde er da in diesem Rennen einfach relativ gut da,  
während, wenn das Ding kaputt geht,  
wenn ein Staatssekretär jetzt hier was verbockt hat,  
dann ist das schon fürs Klima sowieso,  
aber auch für ihn persönlich und seine Karriere  
echt ein ziemiger Dämpfer.  
Ja genau, und der vergleichen zeigt natürlich auch  
die diversen Wenden zum Schutz des Klimas,  
die so anstehen, von Mobilitätswände  
bis eben zur Heizungswände,  
die stehen auf dem relativ wackeligen Fundament.  
Das sind eben nur relativ wenige Leute,  
die da die nötige Expertise mitbringen,  
die da diese Gesetze entwerfen  
und durchboxen.  
Und wenn natürlich jetzt die Opposition  
sich auf diese Leute einschießt  
und damit auch noch Erfolg hat  
wegen solcher, ich sag mal, Anfängerfehler  
wie hier von Reichen,  
dann schadet das dem Anliegen des Klimaschutz  
das natürlich massiv.  
WTEL vermeidet  
wo immer möglich Emissionen und was nicht vermeidbar ist,  
holen sie aus der Atmosphäre zurück.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

Alle Tarife sind 100% klimaneutral.  
Bei WTEL kommt der Schutz eurer Daten immer vor den Geschäftsinteressen.  
WTEL wird von sich aus niemals Kunden und Kundendaten zu Werbezwecken brauchen oder sonst wie zu Geld machen.  
Und das Wichtigste, WTEL begegnet euch auf Augenhöhe und behandelt euch nicht wie Idioten, die man melken muss.  
Es gibt vier Tarife, 15 bis 30 Euro.  
Monatlich kündbar,  
keine versteckten Kosten  
und wenn es Tarif Upgrades gab, dann haben die bisher nicht nur neue Kunden und Kundinnen bekommen, sondern alle. Checkt es selber aus unter WTEL.de  
oder ruft einfach an. Aber Achtung, da geht wirklich ein Mensch ans Telefon und will euch helfen.  
Nachhaltige Mobilfunktarife von WTEL.  
Mit dem Code Lage gibt es einen einmaligen Rabatt von 25 Euro an Tarifabschluss oder WTEL steckt für euch 40 Euro in den Ausbau von Solarenergie.  
Zu unserem nächsten Thema.  
Wir hatten ja hier schon ausführlich sogar über die Verkleinerung des Bundestags berichtet. Das Ding ist ja jetzt auch durch und gesetzt, wenn auch nicht ganz unumstritten, aber es ist gesetzt.  
Der Bundestag wird verkleinert und ehrlich gesagt war ich in der Meinung, damit ist das Wahlrecht jetzt aber auch reformiert.  
Und das Thema erstmal gegessen bis auf weiteres und dann viel aber letzte Woche

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

ein Abschlussbericht  
einer Bundestagskommission  
zur Reform des Wahlrechts  
ins Internet.  
Und da war ich ein bisschen überrascht.  
Ich dachte, das Ding wäre durch.  
Tja, turns out die Größe des Bundestags  
und natürlich auch die Frage,  
wer überhaupt so reinkommt in den Bundestag.  
Und da gibt es noch  
eine Menge mehr Fragen,  
die sich so beantworten lassen  
auf verschiedenste Weise bei der Frage,  
nämlich wie repräsentiert man eigentlich  
einen Wahlvolk von über 80  
Millionen Menschen in einem  
Berliner Parlament.  
Und da dachten wir uns, da laden wir doch mal  
eine geschätzte Kollegin ein,  
um das ein bisschen ausführlicher zu diskutieren.  
Und zwar haben wir gedacht, holen wir uns mal  
in die Sendung Sandra Schulz,  
geschätzte Kollegin vom Deutschlandfunk,  
sehr hörenswerte informative Sendung  
jeden Morgen. Außerdem ist  
die Mitglied-Team  
vom Podcast der Tag.  
Nebenbei, sie auch Juristin,  
ganz herzlich willkommen, Sandra  
in der Lage. Hallo ihr Weiden,  
danke für die Einladung, hat mich sehr gefreut.  
Sag mal, warst du auch so überrascht  
von dem Bericht, hast du auch in der  
Wahrnehmung gelebt, dass das Wahlrecht  
jetzt eigentlich reformiert ist? Ging mir ganz  
genauso, ich habe mich spontan gefragt,  
was diese Kommission jetzt eigentlich beruflich macht,  
weil ich tatsächlich auch dachte,  
also dieser dicke Batzen, diese Reform  
des Wahlrechts, die ist ja jetzt  
tatsächlich beschlossen und verkündet  
im Frühjahr, habt ihr ja

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

auch sehr genau berichtet und auch analysiert. Aber tatsächlich hat diese Kommission, die im vergangenen Jahr eingesetzt worden ist von der Ampelkoalition, hat noch eine ganze Reihe anderer Themen auch richtig super Arbeitsauftrag auf dem Zettel gehabt. Also die Suche nach einer verfassungskonform Lösung nach verfassungskonform Vorschlägen, um den Frauenanteil im Parlament zu steigern. Die Frage wie ist es eigentlich mit dem Wahlalter, sollte es von 18 auf 16 abgesenkt werden und tatsächlich bearbeitet hat die Kommission jetzt auch noch die Frage, wie oft der Bundestag eigentlich neu gewählt werden sollte. Ich finde, das ist schon auch ein sehr relevantes Thema, weil wir natürlich hier auch vor den Problemen stehen. Es gibt wahnsinnig viele Themen, von denen vor allem jetzt junge Menschen betroffen sind oder sein werden, also Altersvorsorge, Digitalisierung, Bildungspolitik, aber vor allen Dingen natürlich Klima, gleichzeitig aber haben Stimmen, also bei Wahlen, Wahlstimmen junger Menschen immer weniger Gewicht, weil unsere Gesellschaft ja immer älter wird und immer mehr alte bestimmen also, ja, die Welt in 30, 40 Jahren, wie sie dann aussieht, wenn die Alten, jetzt ihre Stimme abgeben, aber schon längst tot sind und deswegen hat die Kommission da Vorschläge gemacht. Ja, also es gab die Idee, das Wahlalter von 18

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

auf 16 abzusenken und da haben sich auch die Ampelvertreter und auch deren Sachverständige drunter versammelt, wie auch die Mitglieder, die die Linkspartei gestellt hat.

Aber, das ist schon der erste Knackpunkt und auch die erste Enttäuschung für die, die das jetzt wollen, nämlich dass das allein ja nicht reicht.

Also die 18 Jahre, diese Altersgrenze, die steht im Grundgesetz, deswegen braucht es da ja die zwei Drittel Mehrheit. Ja, ganz genau, das wissen Altgedienthöherinnen und Höherer der Lage natürlich, wenn das Grundgesetz geändert werden soll, dann gibt es dafür eine relativ hohe formelle Hürde.

Da muss man sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat eine zwei Drittel Mehrheit erreichen und Artikel 38 des Grundgesetzes regelt zur Zeit in Absatz 2 berechtigt ist, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Da gibt es eigentlich nichts miss zu verstehen, das heißt also ein Wahlalter 16 geht nur, wenn dieser Artikel 38 Absatz 2 des Grundgesetzes geändert werden sollte, Sanna, und da bist du pessimistisch, dass da die entsprechenden zwei Drittel Mehrheiten zustande kommen.

Genau, in der Kommission selbst, jetzt haben sich konkret die Abgeordneten von der CDU, von der Union und auch von der AfD dagegen entschieden oder dagegen geäußert.

Und das ist ja völlig klar, also es müsste der Bundestag beschließen und diese Mehrheit, die ist jetzt im Moment nicht in Sicht.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

Was ich aber interessant fand, war, dass Konstantin Kuhle, also einer der FDP, Vertreter in dieser Kommission, dass der schon in der letzten Sitzung angekündigt hat, dass es dann noch eine Diskussion geben werde. Auf europäischer Ebene ist ja auch die Entwicklung von 18 auf 16 schon beschlossene Sache. Ich vermute, dass uns das Thema nochmal anlachen wird, wenn dieser Abschlussbericht, wenn der offiziell übergeben ist. Das ist für Mitte Mai geplant. Ah, das heißt, der ist noch gar nicht offiziell vorgestellt, das ist so wie Philipp sagt, der ist halt mal so ins Internet gefallen, irgendwie vom Laster gefallen. Genau, also es gab diese letzte Sitzung der Kommission, die war Ende letzter Woche und da sind eben so die aller, allerersten Abstimmungen gelaufen und da haben die Kommissionsmitglieder aber auch nochmal, wie ich fand, sich sehr interessant auch zusammenfassend geäußert haben, nochmal, also alle Vertreterinnen und Vertreter in der Runde, abgesehen von der AfD, das Format gelobt, haben die extrem sachorientierte Art zu diskutieren gelobt, den Mut da auch über den Teller ranzublicken, da gab es eben auch einiges Format, insofern dass die Sachverständigen, die ja dabei waren, das waren 13 Abgeordnete und auch 13 Sachverständige, dass die eben auch viel

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

ja, Sachebene reingebracht haben  
in die Diskussion.

Das weiß ich tatsächlich auch aus vertraulichen Gesprächen  
mit WissenschaftlerInnen, die da drin saßen,  
dass das tatsächlich wohl  
ein sehr angenehmes und eben tatsächlich  
zielorientiertes, sachorientiertes  
Diskussionsklima war.

Aber was mich dann nochmal interessieren würde,  
dieses Wahlalter 16, das haben wir zum Teil  
auf kommunaler Ebene, da haben wir das ja schon  
und jetzt gibt es natürlich immer das Argument,  
ja, man ist erst mit 18 reif, um zu wählen  
und so, wissen wir  
von irgendwelchen Erfahrungen, von schlechten  
Erfahrungen mit diesem Wahlalter 16  
irgendwas?

Wir wissen, dass sich die Wahlbeteiligung  
in der Altersgruppe, also bei diesen  
Erstwählern, dass sie sich in eher  
engeren Grenzen hält,  
aber jetzt per se  
ich noch nicht unbedingt für eine schlechte  
Erfahrung oder für ein Gegenargument  
halten würde, es ist ja im ersten Schritt  
ein Angebot und ich weiß nicht,  
wie es euch geht, bei mir schwingt, also wenn ich  
diese Debatte höre, absenkt des Wahlalters  
von 18 auf 16,

bei mir schwingt immer der Gedanke mit, warum denn  
eigentlich nur auf 16? Was ist denn mit den  
anderen Minderjährigen eigentlich?

Ja, ich glaube, da spielt eine große Rolle,  
dass man sich dann immer die Frage stellt,  
können diese Menschen denn überhaupt schon  
für sich verantwortlich entscheiden?

Also ich meine zum Beispiel, Kaufverträge  
für wirtschaftliche Verträge sind ja  
im Prinzip erst rechtlich  
bindend ab dem Alter 18, es gibt natürlich  
auch da bestimmte Sonderregeln für jüngere  
Menschen, weil auch die wirksame Verträge schließen können,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

das blenden wir jetzt mal aus, aber jedenfalls so die Grenze zur Volljährigkeit ist eben das 18. Lebensjahr und ich glaube, da gibt es ja immer so ein bisschen die Sorge, dass jüngere Menschen politische Entscheidungen gar nicht verantwortlich treffen könnten angeblich, aber Sander, es gibt ja auch noch andere Modelle, wie man die Repräsentation von Menschen unter dieser Schwelle von 18 Jahren möglicherweise verbessern könnte. Stichwort Familienwahlrecht. Genau, das ist diese Diskussion, ich verfolge das so ein bisschen hobbyartig seit einiger Zeit, weil ich finde, dass da einfach also vom demokratischen Impact eine ganze Menge drin steckt, denn wenn wir überlegen, Minderjährige haben wir ja gar nicht so wenige in der Republik, sind mehr als 14 Millionen und ja auch mehr als 15 Prozent überhaupt der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Die Minderjährigen sind ja schon auch Staatsbürgerinnen und Staatsbürger dieses Landes und dieses Familienwahlrecht, das wird manchmal auch oder diese Diskussion wird manchmal auch genannt Wahlrecht von Geburt an. Das ist eine ziemlich alte Diskussion, schon eine ziemlich Spezialdiskussion, würde ich sagen, die aber schon auch im parlamentarischen Raum immer wieder auch ihren Niederschlag gefunden hat. Aber wie soll das denn funktionieren? Als Dreijähriger kann man jetzt ja schlecht ins Wahllokal tigern. Aber Minderjährige heißt 0 bis 18 oder was? Ja, von Geburt an, das ist die Idee. Aber in Dreijähriger kann jetzt ja schlecht ins

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

Wahllokal tigern. Wieso das denn konkret funktionieren, dass eine Person, die jetzt eben, wenn man ehrlich ist, weder sich selber eine Meinung bilden kann, noch rein physisch ins Wahllokal gehen kann, bleiben wir bei deinem Beispiel der kleine Tim mit sechs Monaten. Wie kann der denn sein Wahlrecht von Geburt an ausüben? Wahrscheinlich gar nicht, beziehungsweise über eine stellvertreter Lösung. Und da denken wir alle natürlich sofort an die Eltern. Also diese Vorschläge für einen Familienwahlrecht, für ein Wahlrechtangebot an, die zielen darauf ab, die Eltern stellvertretend, also im Interesse ihrer Kinder diese Wahlentscheidung so lange treffen zu lassen, bis die selbst können. Stellen sich natürlich tausend Nachfragen, schon allein bis sie es selbst können. Da hat dieser eine parlamentarische Vorstoß, der jetzt auch schon ein paar Jahre alt ist, 2008 hat es den gegeben, mehr als 40 parlamentarische, interessanterweise aus allen Fraktionen, der hat gesagt bis zu dem Zeitpunkt, an dem das Kind der Minderjährige, der Nachwuchs sagt, wisst ihr was, liebe Eltern, danke, dass ihr bis jetzt für mich gewählt habt, jetzt würde ich das lieber selbst machen. Und ich gehe dann jetzt mal eben und lasse mich eintragen ins Wahlregister. Gibt natürlich auch da die Idee von starren Altersgrenzen oder

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

auch den, wie ich finde, ziemlich weit geringen Vorschlag. Bis zum 18. Lebensjahr machen das dann die Eltern.

Das finde ich eine Vorstellung, den auch mir nicht so sonderlich lebensnah erscheint. Aber also da gäbe es dann viele Detailfragen zu klären, logischerweise.

Aber das würde bedeuten, also eine Familie mit zwei Erwachsene, drei Kinder, die hätten dann de facto fünf Stimmen statt zwei. Und drei davon sind auf wie auch immer irgendwie delegiert und die Kinder können sich das dann wie auch immer irgendwann zurückholen, entweder automatisch oder per Akklamation sagen ich will jetzt selber, die Vollmacht ist hier beendet.

Ich muss ehrlich sagen, ich habe von diesem Konzept noch nie was gehört und die Frage ist natürlich jetzt ein bisschen, also wenn die Union schon Probleme hat um Leute ab 16 wählen zu lassen ohne jetzt der Union dazu viel ins Programm zu schreiben, würde ich denken wenn einjährige wählen sollen, haben sie damit noch viel größere Probleme. Was ist denn, hast du da ein Gefühl aus diesem Report, also offensichtlich empfiehlt diese Kommission ja, was darüber nachzudenken, das einzuführen oder was schreiben die da rein? Das muss ich jetzt der Ehrlichkeit halber dazu sagen, die Kommission sagt dazu gar nichts. Also die Kommission hat sich jetzt wirklich nur beschäftigt mit der Absenkung um 14 auf 16 und genau, das ist wirklich eine wichtige Klarstellung. Im Parlament gibt es nicht den Hauch einer Chance, dass sowas

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

mehrheitsfähig ist oder wird, wie gesagt, der letzte Vorstoß 2008.

Da waren es 40 Abgeordnete und auch dafür bräuchte man ja die Verfassungsänder, also die zwei Drittel Mehrheit. Also das ist ein wirklich reines Gedankenspiel.

Ich muss auch ganz ehrlich sagen, ich habe zwar hier einige Pro Argumente genannt, aber das Selbstgespräch, dass ich darüber mit mir selbst führe, das ist auch noch nicht zu Ende.

Ich steh da selbst am Vivalent davor.

Denn lasst mir einen ganz spannenden Punkt noch sagen, also die, die dagegen sind, das ist auch verfassungsrechtlich umstritten. Also das letzte, was im Parlament dazu zu hören war, das war eine Ausarbeitung des wissenschaftlichen Dienstes von vor einigen Jahren. Und die blättern das eben ganz interessant auf,

dass eben das auch wirklich verfassungsrechtlich umstritten ist. Also die Dreh- und Angelpunkt ist dann die Gleichheit der Wahl. Philipp, du hast es ja gesagt, genau dieser Punkt, dass Eltern dann ja

de facto mehr Stimmen bekommen würden. Das kann man natürlich als ganz massive Gefährdung der Gleichheit der Wahl

sehen. Und das finde ich so spannend, weil eben das Gegenargument mehr Generationengerechtigkeit, mehr Staatsbürger

und Staatsbürger an die Wahl ohne zuholen, genau das fordert ja auch diesen Top-Boss voraus.

Der Gleichheit der Wahl, also die Stimmen durch den Rost fallen zu lassen, ist eigentlich auch unbefriedigend. Also ich finde es einfach total spannend, Sander, dass du das mal angesprochen hast,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

auch wenn das jetzt eben nicht Gegenstand dieser Reformüberlegung der Kommission war. Aber das ist halt einfach mal so ein bisschen sensibilisiert dafür, wie viele Menschen in Deutschland leben, die von den Entscheidungen der heutigen Politik massiv betroffen sein werden, die aber auf diese heutige Politik überhaupt keinen Einfluss nehmen können. Noch nicht mehr, quasi mittelbar über Bande, über ihre Eltern zum Beispiel. Und auf der anderen Seite gibt es dann ganz viele Menschen, die Generationen, sagen wir mal, 70, 80 plus, die von der heutigen Politik jedenfalls von den mittel- bis langfristigen Entscheidungen absehbar nicht mehr betroffen sein werden, die aber sehr wohl Einfluss nehmen können. Und das ist einfach ein ganz krasses Repräsentationsproblem, finde ich. Und diese Diskussion um das Familienwahrrecht so wenig Chancen es haben mag, auch Realisierung. Diese Diskussion geht da den Finger in die Wunde. Die Diskussion macht deutlich, dass einfach die demokratische Repräsentation, so wie wir sie heute organisiert haben, einfach so ihre Defizite hat. Und das finde ich total wertvoll. Natürlich ist unsere Demokratie das beste aller schlechten Modelle, aber ich finde es einfach wertvoll, sich über die Grenzen, die Probleme Gedanken zu machen. Denn das öffnet so ein bisschen den Blick darauf, was man vielleicht verbessern sollte. Und ich meine, ein ganz konkreten Vorschlag hat ja tatsächlich diese Kommission gemacht, der aus meiner Sicht wahrscheinlich doch realistischer ist. Der wahrscheinlich realistischer ist und der jetzt auch nicht so revolutionär ist, wie dieses Familienrecht, wählen ab

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

eins, sondern da geht es um die Frage  
Legislaturperiode. Also wie lange  
ist eigentlich eine gewählte Regierung  
im Amt? Wann, wie lange hat sie eigentlich  
Zeit, um zu wirken?  
Das ist ja auf Bundesebene bekanntlich  
vier Jahre aktuell und  
die Kommission schlägt  
fünf Jahre vor. Da gibt es ja auch andere  
Themen, in denen das schon so praktiziert wird.  
Ich würde jetzt mal so spontan in die  
Runde rufen, ich glaube das ist eine gute  
Idee. Also wir steuern ja  
auf halbzeit Ampel zu und de facto  
ist es so, dass die bis zur Sommerpause  
jetzt eigentlich die großen Sachen  
durchhaben müssen, weil nach der  
Sommerpause beginnt  
dann so der halbe Wahlkampf und die  
großen Geschichten werden sie dann nicht  
mehr durchkriegen. Also jedenfalls ist das  
so ein bisschen die Wahrnehmung. Also wenn man  
mit Bundestagsabgeordneten spricht, dann  
ist es so, dass alle also ganz ehrlich so  
man braucht erst mal, gerade die neuen,  
man braucht eine ganze Weile, bis man reinkommt.  
Eigentlich braucht man eine ganze  
Legislaturperiode, bis man richtig  
arbeitsfähig ist. Also erst ab dem fünften  
Jahr ist man so richtig eingearbeitet.  
Das ist quasi so das Persönliche  
für die Menschen, die im Bundestag sitzen.  
Aber auch so thematisch, inhaltlich Philipp,  
hast du glaube ich da einen wichtigen Punkt gemacht.  
Jedenfalls ab dem dreieinhalften Jahr,  
wenn so dreieinhalb Jahre rum sind von der  
Legislatur, dann denken in Grunde alle nur noch  
an, wann ist die nächste Bundestagswahl,  
wann kocht das hier hoch? Und dann singt die  
Kompromissbereitschaft, die ja wie soll ich  
sagen jetzt ohnehin nicht gerade ein  
Markenzeichen der Ampel ist. Und insofern

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

glaube ich, öffnen fünf Jahre einfach die Chance, dass man mindestens ein Jahr gewinnt für produktive Arbeit, wo man sich einfach nicht um den Wahlkampf kümmert. Ich weiß nicht, Sanna, was ist denn so, was ist deine Wahl? Geht mir ganz ähnlich, ich hätte Bauchschmerzen wenn jetzt die Rede davon wäre von vier auf acht Jahre. Also eine wirklich komplett andere Setting wäre das ja logischerweise. Aber ich glaube gerade in der Anhebung von vier auf fünf Jahren, das wäre wirklich eine homöopathische Dosis. Und tatsächlich in den meisten Bundesländern ist das ja auch schon die Regeln. Also die Wahlen auf Landesebene alle fünf Jahre hätte ich kein großes Thema mit. Also interessanterweise, das war ja jetzt wirklich eine der konkreten Empfehlungen, die auch mehrheitsfähig war in der Kommission, ist aber überhaupt noch nicht parlamentarisch in der Mache. Also da bin ich jetzt auch gespannt, wie das weiter läuft, wahrscheinlich auch dazu mehr dann ab Mitte März, wenn es offiziell vorgestellt ist. Aber da zeigens sich immerhin die Mehrheit ab. Da zeigens sich die Mehrheit ab, oder? Ja, also ich denke, das hat gute Chancen, Realität, parlamentarische Realität zu werden. Die Frage ist dann natürlich auch ab wann. Also mir fällt dazu nur eine Sache ein. Ich glaube, wenn man eine Regierung länger an der Macht lässt und ihr mehr Zeit gibt zu wirken, dann muss, glaube ich, insgesamt die Verantwortlichkeit für dieses Wirken geschärft werden. Damit die Leute sehen, okay, wir übertragen

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

euch jetzt fünf Jahre lang die Macht.  
Ihr habt ein Jahr lang länger Zeit  
zu wirken.  
Dementsprechend wichtiger ist es,  
oder wird es vielleicht auch dann zu wählen,  
weil man den Leuten länger die Macht verleiht,  
weil sie länger haben zu wirken.  
Und ich finde, in dem Kontext  
ist so diese Verantwortungsdiffusion,  
die wir auf allen Ebenen erleben,  
schädlich. Weil die Wahlentscheidung  
wichtiger wird, aber  
unklar ist in ganz vielen Bereichen,  
wer ist denn jetzt eigentlich für was verantwortlich?  
Wer hat denn hier eigentlich was genau  
entschieden? Wo hat der Bundesrat  
mitgemischt? Wieso hat denn die Union,  
die jetzt in der Opposition ist,  
über den Bundesrat und die Länder da  
irgendwie beim Bürgergeld mitgemischt? Wer  
ist denn jetzt eigentlich genau dafür verantwortlich?  
Ich glaube, um so was gerechtfertigen  
zu können, den Leuten länger die Macht zu geben,  
muss einfach auch mehr klar sein, wer  
für was die Verantwortung trägt. Und ich finde,  
das ist eine Voraussetzung dafür und  
eigentlich ein guter Anlass, das mal zu tun.  
Was natürlich in einem Dreierbündnis auch  
nicht unbedingt einfacher ist, als in einem  
Zweierbündnis. Ja, also vielleicht um das  
Problem noch ein bisschen zu verdeutlichen,  
auf das Philipp angespielt hat. Das hatten wir  
in der Lage schon verschiedentlich, aber ich finde,  
es passt hier ganz wunderbar rein. Das ist  
das Problem Philipp hat das Verantwortungsdiffusion  
genannt. Man kann es auch als quasi die  
ganz große Koalition bezeichnen. Es gibt  
auch viele Bundesgesetze, die der Bundestag  
beschlossen hat, die aber nur dann den  
Bundesrat passieren können, wenn auch im  
Bundesrat nach heutigem Stand eine  
absolute Mehrheit zusteckt.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

Und da wiederum ist das Problem, dass in den Koalitionsverträgen auf Länderebene typischerweise geregelt ist, wenn sich die Koalitionsparteien auf Landesebene nicht einig sind, dann enthalten sie sich im Bundesrat, das ganze Land, weil das Land seine Stimmen nur einheitlich abgeben kann. Und das führt dann dazu, dass de facto eine Partei in einem Land mit einem Bundesgesetz ein Problem hat, das Land sich enthält und das zählt im Bundesrat, weil eine absolute Mehrheit von Ja-Stimmen erforderlich ist, de facto als Nein. Das heißt, ein einziger Partei in einer Landeskoalition hat quasi ein Veto-Recht für das Land und dadurch kommen extrem schnell die Mehrheiten für Zustimmungsgesetze im Bundesrat nicht zustande, soweit, wie gesagt, eine Partei auf Landesebene damit ein Problem hat in den gleichen Landesregierungen sitzt. Und da, finde ich, hat Philipp einen wichtigen Punkt aufgemacht. Diese Verantwortungsdiffusion führt eben dazu, dass man eine ganz große Koalition braucht, und zwar, Beispiel, Bürgergeld, Philipp, das du gebracht hast, da mussten von den Grünen bis zur CDU alle an Bord sein, damit diese Reform den Bundesrat passieren konnte. Und das ist halt ein Riesenproblem. Die Menschen wählen den Bundestag dann in Zukunft auf fünf Jahre, aber trotzdem kann die Mehrheit in fünf Jahren lang die entscheidenden Fragen unseres Landes nicht selber entscheiden, weil der Bundesrat ständig reingerätscht und zwar nicht etwa um die Landesinteressen zu schützen. Das wäre ja eigentlich

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

seine Aufgabe, sondern aus parteipolitischen Motiven. Und nur damit, dass keiner falsch versteht, das ist keine Grätsche gegen die Union, das macht die Union, oder hat die Union... Das haben alle gemacht. Die Union hat das jetzt konkret beim Bürgergeld gemacht, aber es ist ein generelles Problem. Und da, ich weiß nicht, wie ihr das einschätzt, aber ich glaube, Philipp, du legst da echten Gründe, diese Verantwortungstiffusionen, die muss auf jeden Fall mit einem quasi Beigelegenheit dieser Verlängerung auf fünf Jahre mit angegangen werden. Also ich stelle fest, das ist auf jeden Fall Ulf Deintledoyer, wenn wieder eine Wahlrechtskommission eingesetzt wird, das dick und oben mit auf dem Zettel zu haben. Ich muss generell sagen, dass ich nicht besonders zuversichtlich bin, dass man in einer Demokratie, dass man das schafft, das Thema Verantwortungstiffusionen einzuängen und zurückzudrängen. Das ist ja eben eigentlich ja auch Teil der Idee, dass das alle mitbestimmen, dass alle gehört werden. Und gerade das, was wir jetzt ja viel erleben, also nach dieser langen Zeit CDU-angeführter Regierung, das im Prinzip immer, wenn jetzt im Moment eine Vertreterin oder ein Vertreter der Ampelpartei den Mund macht, aufmacht, sich zu einem Sachthema äußert, Volker Wissing zum Verkehr. Erster Satz ist immer, ja, ich habe alles in sehr unbefriedigender Lage vorgefunden. Thema Klimaschutz, Robert Habeck sagt eigentlich immer vorweg, ja,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

wenn man das Thema mal bei Zeiten  
angegangen wäre, jetzt weiß ich zum Beispiel  
in dieser Heizungsdiskussion.  
Und ich glaube, also das Thema,  
und dann natürlich auch das Riesenthema  
Abhängigkeit von Russland  
und der ganze Russlandkurs  
der Vorgängerregierung,  
spielt ja quasi eigentlich auch in jedem Interview,  
das wir dazu führen im Deutschlandfunk,  
spielt ja auch eine Rolle.  
Ich wäre da nicht so zuversichtlich,  
dass wir da das, was ihr  
Verantwortungstiffusionen nennt  
und was ich in einem anderen Kontext  
auch einen absolut sinnvollen Bezug finde.  
Ich weiß nicht, ob man das so  
eingedenkt, zurückgedrängt bekommt.  
Also, ich meine, die Beispiele,  
die du nennst, sind doch schon ganz gute Beispiele.  
Da ist die Verantwortung relativ klar.  
Es ist relativ unbestritten,  
wer dafür verantwortlich war,  
dass wir dann bei dem Windausbau  
nicht so vorangekommen sind,  
wie das aus heutiger Sicht notwendig gewesen wäre.  
Es ist relativ klar,  
wie es zustande gekommen ist,  
dass wir in diese Abhängigkeit  
von Russland gekommen sind.  
Ich glaube auch nicht,  
dass man die Verantwortungstiffusion  
komplett los wird  
und dass jede Entscheidung  
immer auf eine Person zurückzuführen sein soll.  
Aber ich glaube,  
dass man an bestimmten Schrauben  
die Verantwortung klarer zu markieren  
und dort Leute mitreden zu lassen,  
wo sie auch gewählt wurden.  
Da man jetzt zum Beispiel  
im Bundesrat, sagt bei diesen Zustimmungsgesetzen,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

der Bundesrat  
muss nicht mit absoluter Mehrheit zustimmen.  
Wir brauchen keine absolute Mehrheit  
der vertretenen Länder oder der Stimmen der Länder,  
sondern es reicht eine relative Mehrheit.  
Es reicht einfach,  
die Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu haben  
und wenn sich dann ein Bundesland enthält,  
weil da, weiß ich nicht, die Union  
im Bundestag ist die Union  
in der Regierung in Baden-Württemberg oder so.  
Wenn die sich dann enthalten,  
dann ist die Enthaltung eine Enthaltung  
und kein Nein,  
weil es einfach trotzdem reicht,  
wenn eine Mehrheit der Stimmen der Länder  
für dieses Gesetz sind.  
Das finde ich tatsächlich ein super Vorschlag,  
wenn man geht an diese 4 Jahre ran,  
macht daraus 5  
und sagt dann zugleich,  
der Bundesrat muss nur noch mit  
relative Mehrheit zustimmen,  
kein Nein.  
Ich habe vernommen,  
deine Bedenken,  
wenn es um geht, die Verantwortungsdiffusion  
zu bekämpfen, aber es gibt ja noch  
ein zweites Problem,  
zu dem diese bisherigen hohen Hürden  
im Bundesrat führen,  
nämlich den sogenannten Reformstau.  
Es ist ja nun nicht so,  
dass wir in Deutschland quasi immer  
ganz vor der Welle schwimmen,  
wenn es darum geht, unser Land an Herausforderungen  
in Zukunft anzupassen, ob das Digitalisierung ist  
oder nicht.  
Es ist ja auch so, dass es so  
wahnsinnig schwer ist, Dinge durch den Bundesrat  
zu bekommen.  
Du hast völlig zu Recht darauf hingewiesen,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

generell glaube ich, ist es in der Demokratie immer schwer, Leute davon zu überzeugen, Macht abzugeben.

Aber hier geht es ja nicht darum, dass Leute sagen, ich habe weniger Einfluss, sondern es geht ja darum, die Bundestags-Mehrheit zu stärken.

Und jede Partei hat ja die Hoffnung, mal in der Bundestags-Mehrheit zu sitzen und dass sie einen schönen Bürgergeld Reformvorschlag machen und der einfach von der Union bis zur Unkenntlichkeit verwaschen wird. Und das kennt die Union andersherum genauso.

Und deswegen habe ich die Hoffnung, dass die Unionsleute dann einfach sagen, okay, wir geben unsere aktuelle Blockade Macht im Bundesrat ein Stück weit auf, aber dafür können wir dann halt auch regieren, wenn wir im Bund wieder am Bruder sind. Absolut spannender Punkt.

Ich wollte euch noch ansprechen auf den Frauenanteil hier in dieser Runde.

Das ist jetzt der Moment, in der die Unkennt-Kommerperiode deutlich niedriger als der in der Bevölkerung.

Was ja die große Gemeinsamkeit ist auch zum Bundestag.

Da wollte ich jetzt den Bogen noch mal schlagen.

Aber im Bundestag haben die Zeit jetzt nicht nochmal nachgeguckt, aber so wahnsinnig viel über 30 sind es da auch nicht, oder?

34,7%.

Ich wollte ganz elegant den Bogen schlagen tatsächlich noch mal zu diesem denn die hatte ja diesen Auftrag da zu schauen, was denn Ideen wären, um den Frauenanteil zu steigern. Und da könnte ich jetzt

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

also ganz nüchtern zu Protokoll geben.  
Es gab eine  
Mehrheit in dieser Kommission,  
dass es ein Bedarf besteht,  
den Frauenanteil zu erhöhen,  
aber es gab keine  
Mehrheit für irgendeinen Weg dorthin,  
für irgendetwas,  
was sozusagen  
ein konkretem Konzept klingen könnte.  
Und also darüber war dann natürlich auch  
große Ernüchterung da.  
Konkretes Konzept,  
da gibt es ja durchaus schon Vorschläge,  
die in zwei Bundesländern mal probiert worden sind  
in Brandenburg und Thüringen,  
nämlich die sogenannten Paritätsgesetze.  
Waren die denn nicht Thema in der Kommission?  
Also die waren  
Thema, soweit ich es verfolgt habe.  
Aber also was jetzt  
eben die Enttäuschung, also vor allem  
für die Vertreter  
von Grün, Rot und Rot war,  
war, dass es eben  
ja diese Mehrheitsmeinung dafür gab,  
da müsste man eigentlich mal ran.  
Aber also trotz  
aller guter Arbeitsatmosphäre  
gab es eben keine  
Idee, auf die man sich jetzt  
mehrheitlich hätte verständigen können.  
Also vielleicht nur noch einmal,  
dass für die Menschen, die mit dem Stichwort  
Paritätsgesetz noch nicht so viel anfangen können,  
das bedeutet, das war Liste,  
Landeslisten für die Bundestagswahl  
quasi abwechselnd  
von Menschen, männlichen  
und weiblichen Geschlechts besetzt werden müssen.  
Das ist so ein bisschen die Idee,  
in der Hoffnung, dass dann unter dem Strich

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

sich der Anteil der Frauen im Bundestag den 50% wenigstens langsam aber sicher annähert. Man kann damit nicht verhindern, dass quasi Direktkandidaturen weiterhin von den jeweiligen Kreisverbänden der Parteien mit einem Geschlecht mehrheitlich besetzt werden. Das kann man dadurch nicht verhindern, aber die Idee war, dass man doch das ein bisschen verbessert. Das haben zwei Bundesländer probiert, Brandenburg und Thüringen, die jeweils dann vor ihren Landesverfassungsgerichten damit gescheitert sind. Das muss man sagen. Es gibt Stellungnahmen von zwei Landesverfassungsgerichten, die diese Paritätsgesetze für unvereinbar mit Wahlrechtsgrundsätzen gehalten haben. Das ist aber höchst umstritten. Und deswegen fand ich das eine total spannende Frage, was diese doch ja sehr hochkarätig besetzte Kommission davon halten. Ja, aber der Punkt ist doch, die Gerichte haben doch nur verboten, dass der Staat vorschreibt, die Parteien müssen. Ach so, ja klar. Wenn die Parteien, und das gibt es ja, viele haben das ja gemacht. Wenn die Parteien sich selber entscheiden, wir stellen unsere Listen hier paritätisch auf, dann geht das, oder? Sich das falsch? Klar, Parteien können das selber reden. Und in unterschiedlicher Form haben das ja inzwischen auch die meisten Parteien, auch die Union hat da inzwischen Regelungen getroffen. Ich habe es nicht mehr genau auf dem Zettel welche. Ich glaube, die einzige Partei, die da gar nichts macht, ist bislang doch die AfD. Ja, aber ich dachte, mir gingen doch gerade durch den Punkt, bei dem was du so sagtest, quasi so die ganz große Koalition in dieser Kommission, also mit allen im Parlament vertretenen Parteien, war zwar der Meinung, in der Mehrheit ja sollten wir was machen,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

können sich aber auch nicht ein Weg einigen.  
Finde ich, das spricht umso mehr dafür,  
dann muss das halt die Regierung,  
oder die Regierungsmehrheit im Parlament  
mal machen. Ja, und dann ist die Verantwortung  
klar, dann weiß man,  
hat es jetzt funktioniert, hat es nicht funktioniert.  
Und wenn das dann misst ist, dann wissen die  
Leute, woher der Mist kam und können ihn abwählen.  
Ja, ganz genau. Ich wollte auch nicht sagen,  
dass es keine Ideen und keine Vorschläge  
gebe, sondern ich wollte eigentlich nur  
quasi so diesen etwas ernüchternden  
Kontrast schildern, dass es eben  
ja, wie du sagst, diese Einigkeit darüber  
gibt, dann müsste eigentlich was passieren  
eben bei diesen 34,7%  
aber  
dass eben in dieser Kommission dort  
kein Weg mehrheitsfähig war.  
Das wollte ich nur sagen. Und ja, klar,  
das ist der Auftrag.  
Und da Ulf, du korrigierst mich, wenn ich  
sage, da sprechen wir ja nicht über die  
zwei Dritte Mehrheit, da sprechen wir  
übers Parteiengesetz oder übers  
Wahlrecht und das ließe sich ja  
mit der Ampelmehrheit auch ändern.  
Richtig? Ja, absolut.  
Das ist tatsächlich eine Regelung, die  
Liese sich treffen im Bundeswahlgesetz,  
also natürlich wäre es, wenn man jetzt  
ohnehin schon ans Grundgesetz rangeht,  
dann könnte man natürlich auch im  
Grundgesetz klarstellen,  
dass eine solche Paritätsregelung  
tatsächlich Grundgesetz konform ist,  
weil quasi diese verfassungsrechtliche  
Streitfrage schon mit eins abgeräumt,  
aber man kann das auch einführen  
ohne verfassungsändernde Mehrheit einfach  
nur im Bundeswahlgesetz, hat dann aber

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

natürlich, genau wie Philippe so angedeutet hat, die Perspektive, dass das Bundesverfassungsgericht darüber wird entscheiden müssen. Ja, also ich finde das total spannend, aber Sander, was ist jetzt konkret die Perspektive? Also es ist ja erstmal nur eine Kommission, so letztlich eine Beratung des Bundestags. Also ich denke mal, diese Verlängerung der Legislaturperiode ist ja mehr oder weniger absehbar, oder da müsste jetzt ein Gesetzentwurf geschrieben werden, aber da kann man, glaube ich, davon ausgehen, dass das passieren wird, oder? Michel, wie meinst du mal eine Nachricht? Das ist eine Nachricht und auch, dass dieser große Block über den wir ganz am Anfang, über den wir ganz am Anfang gesprochen haben, eben die Verkleinerung des Bundestags, also das ist ja während der Kommissionsarbeit selbst schon in Sack und Tüten gekommen. Das wäre sonst natürlich auch ein ganz großer Block gewesen bei dieser Kommission. Dazu noch der Hinweis übrigens, da verdichtet sich, dass jedenfalls die Grünen das Paket an der Stelle nochmal wieder aufschnüren möchten. Ihr erinnert euch, dass eigentlich ja dieses Reformgesetz aus meiner Sicht jedenfalls aus Sicht der Lage, aus Sicht vieler Expertinnen und Experten sehr überzeugend ist, mit der einen Ausnahme der Abschaffung quasi der sogenannten Grundmandatsklausel, dass sie 5% Hürde quasi so scharf gestellt wird, dass man sie auch mit direkt gewonnenen Wahlkreisen nicht mehr toppen kann. Da wollen die Grünen nochmal ran, weil sie im Prinzip genau die Probleme jetzt auch sehen, die wir in der Lage besprochen haben. Und es ist natürlich unklar, inwieweit sie das in der Ampelkoalition tatsächlich durchsetzen

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

können, denn FDP und SPD fanden ja die Abschaffung der Grundmandatsklausel letztlich super. Das wird nochmal sehr spannend. Auf der anderen Seite, wenn natürlich jetzt das Wahlrecht nochmal wieder angefasst wird, dann könnte man natürlich bei der Gelegenheit auch diesen problematischen Punkt der schon beschlossenen Reform wieder zurückdrehen.

Bleibt super spannend.

Ja, ganz herzlichen Dank, Sandra. Schön, dass du mit dabei warst. Vielen Dank für unser Gespräch. Können wir öfter mal machen, wenn das deine Zeit zulässt.

Ich danke euch ganz herzlich.

Hat super Spaß gemacht. Danke.

Es ist soweit. Es ist am Start.

Es ist vollbracht, dass sogenannte Deutschland-Ticket oder sogenannte 49 Euro-Ticket, wie immer ihr wollt, ist am Start. Am 1.

Mai ist es losgegangen.

Es kostet erstmal 49 Euro, deswegen, pro Monat, deswegen sagen einige, nennt es nicht 49 Euro-Ticket, weil das vielleicht nicht so bleiben wird, sondern eher so eine Preiserhöhung anstehen könnte.

Das war so, was man so aus dem Verkehrsministerium hören konnte. Das soll eher teurer werden.

Viele Menschen fordern aber auch aus sozialen Gründen.

Es solle doch vor allem günstiger werden.

Aber gut, Deutschland-Ticket ist jedenfalls seit 4, 5 Tagen zu nutzen.

Die Hochrechnung des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen geht dahin, dass bereits weit mehr als 3 Millionen Menschen in Deutschland so ein Deutschland-Ticket gekauft haben und darunter seien 750.000, also rund 20 Prozent, die bisher kein Nahverkehrs-Abo besaßen.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

Hito, ich hatte keinen Nahverkehrs-Abo.  
Ich bin natürlich auch einmal gefahren, aber jetzt geht's nicht so ein Nuremberg-Ticket oder so was.  
Ich hatte bislang auch kein Dauerticket.  
Ich habe es auch mal ausgerechnet. Also für mich hätte sich das auch nicht gelohnt. Ich fahre praktisch alles mit dem Fahrrad hier in Berlin.  
Deswegen habe ich nur gelegentlich mal die U-Bahn benutzt.  
Ich hatte so BVG-Kosten von 10 bis 20 Euro.  
Ich habe es mir jetzt aber trotzdem mal gegönnt.  
Ehrlich gesagt, zum einen, weil ich Flat-Rates halt toll finde. Und zum anderen, weil ich finde, es ist ein bisschen auch irgendwie, das ist halt the right thing to do. Es fühlt sich einfach richtig an, so eine Nahverkehrspauschale auch zu buchen, selbst wenn man jetzt nicht direkt Geld spart.  
Also wenn man sich das leisten mag, ist es glaube ich quasi eine gute Tat. Genau, also die Bahn und VDV, also hier Verband Deutscher Verkehrsunternehmen, die gehen davon aus, dass insgesamt perspektivisch so alles in allem sich 17 Millionen Menschen dieses Ticket zulegen werden. Das ist dann doch schon mal eine Hausnummer.  
Dafür mussten dann auch einige erstmal ihre Technik gerade ziehen, also die Deutsche Bahn. Ich habe es versucht, ein DB-Navigator zu kaufen. Das hat ein, zwei Tage lang nicht geklappt. Ups, ja, da gab es Probleme wegen Überlastung. Bitte kommen Sie morgen wieder. Jetzt hat es geklappt, jetzt hat es funktioniert. Gut, es ist immer wieder interessant, dass das ja nicht überraschend kam und es trotzdem nicht funktioniert. Aber hey, jetzt habe ich es und es ist okay.  
Was geblieben ist, bisher ist die Ticketverwirrung, habe ich es mal genannt. Es ist einfach nicht so richtig klar, wo geht was. Also klar ist die Person, die das Ticket gekauft hat, darf höchst selbst ganz alleine

## [Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg

mit dem öffentlichen Personennahverkehr in Deutschland fahren und sogar mit einigen anderen Zügen des Fernverkehrs ganz ausnahmsweise, wenn die quasi eine Nahverkehrsfunktion haben. Das ist klar, aber nicht klar ist, was ist der mit dem Fahrrad, was ist mit dem Hund, darf man möglicherweise noch weitere Personen mitnehmen, was ist mit Kindern und so. Also es gibt bei diesen Tickets die Nahverkehrsunternehmen ja jetzt verkaufen, gibt es immer den Kern des Deutschlandtickets, der gilt tatsächlich deutschlandweit, überall gleich. Und dann gibt es so Extras, die einfach von Verkehrsunternehmen zu Verkehrsunternehmen unterschiedlich sind und was macht man, wenn Dinge unübersichtlich sind, am besten so eine Art Crowdsourcing. Man lässt einfach mal die Weisheit des Internet, die Informationen zusammentragen und deswegen gibt es jetzt eine ganz spannende Seite auf Github. Ja, Github ist ja eigentlich so eine Plattform auf der Coder Coder in ihren Open Source Code teilen, kommentieren, verbessern, austauschen, runterladen, hochladen können. Aber man kann diese Plattform auch benutzen, um einfach gemeinsam, ich würde mal sagen, Buchstaben zu sammeln, Text zu sammeln. Und das haben einige getan, wir haben das verlinkt, da gibt es jetzt also eine Seite, auf der sehr übersichtlich und sehr ausführlich dargelegt ist. In welchem Verkehrsverbund man das Fahrrad mitnehmen kann, in welchem man das Fahrrad und den Hund mitnehmen kann und Kleinkinder mitnehmen kann und und und. Könnt ihr euch mal angucken, hilft bei der Orientierung. Das Schöne finde ich an diesem Deutschlandticket sind einfach die psychologischen Effekte

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

so einer Flatlight. Also die Kosten eines Autos werden ja ganz häufig unterschätzt, weil es halt bezahlt. Die Kosten fallen natürlich tanken, aber viele, viele Kosten fallen halt quasi sowieso an. Versicherung, Kfz-Steuer, Wartung, merkt man nicht so richtig und die sind halt schon bezahlt. Das heißt, in dem Moment, da fahre ich jetzt Auto oder nicht. Da sind diese Kosten sowieso schon angefallen und das ist einfach ein starker psychologischer Anreiz zu sagen, jetzt habe ich hier schon bezahlt, jetzt fahre ich ja mit dieser Kiste und wir hoffen einfach mal, dass was Ähnliches für den ÖPNV passieren könnte. Frei nach dem Motto, ich habe jetzt mein Deutschlandticket, es kostet ja nichts, fahre ich halt mit der Bahn. Ja, da muss man wirklich mal abwarten, da bin ich auch gespannt. Ich beobachte das auch bei mir, jetzt hat man die 50 Euro 49 da mal rausgehauen und das ist ja nicht nur lokal im ÖPNV, sondern auch im Regionalverkehr. Man kann mit den Regionalzügen quer durch Deutschland fahren und so. Ja, dauert aber geht. Dann ist natürlich und bleibt natürlich die soziale Frage 49 Euro, ist das ein guter Preis? Ja, nein, sollte er sinken, sollte er steigen. Tja, das ist halt die Frage natürlich, was ist insbesondere dem Bund das Wert? Was mag er den Ländern zuzahlen? Also ich persönlich finde ja, da muss der Bund sich nochmal genau überlegen, ob er da nicht möglicherweise noch ein bisschen Geld in den Topf werfen möchte bei den Ländern. Ich persönlich finde, dahin könnte man zum Beispiel eingesparte Subventionen für Verbrenner Dienstwagen umleiten.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

Ja, das bringt uns zu einem kleinen Feedback-Blog, den ich ganz interessant fand. Da ging es ja bei uns letztens um genau dieses Dienstwagenprivileg. Also nochmal die Möglichkeit, einen Dienstwagen privat zu nutzen und diese Nutzung pauschal ein once and for all mit einem Prozent des Listen-Neupreises steuerlich nur als Einkommen werten zu müssen. Das ist das Dienstwagenprivileg. Man muss da nicht jeden einzelnen Kilometer abrechnen, indem man privat mit seinem Dienstwagen gefahren ist, sondern sagt einfach hier, ein Prozent zack, fertig, Ende aus. Oh, das wird dann erhoff ich noch von Arbeitgebern quasi verschärft das Problem, dadurch, dass sie auch noch eine Tankflatrate oben drauflegen. Das quasi du kriegst noch eine Tankkarte, kannst fahren, so viele wirken. Das machen dann die Unternehmen, aber vom Endeffekt, vor allen Dingen diese pauschalierte Abrechnung über ein Prozent des Listenpreises als Gertwiltervorteil für die Privatnutzung eines Dienstwagens. Und da hat sich Rainer gemeldet. Und der weiß nämlich auch auf diesen Flatrate-Effekt hin. Ja, das ist pauschaliert und das soll vereinfachen, das soll einfach verhindern, dass man seinen Dienstwagen privat nutzt und dabei aber dann jeden Kilometer aufschreiben muss, dem man verferrt, deswegen pauschal ein Prozent. Aber das ist eben nur die halbe Wahrheit. Denn diese pauschale Abrechnung mit ein Prozent kannst du deinen Dienstwagen privat nutzen. Die wirkt eben, sagt der Rainer Auto Flatrate. Dabei wird die private Nutzung

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

unabhängig von der tatsächlichen Nutzung pauschal besteuert. Man kann also wie auf einer Party so viel Alkohol trinken, wie man will, es kostet nichts mehr. Bei mir selbst habe ich folgendes Verhalten festgestellt. Es werden unnötige Fahrten gemacht, Alternativen zum Beispiel öffentliche Verkehrsmittel werden nicht mehr genutzt, energiesparende Fahrweise wird oft vernachlässigt.

Ja, Auto steht halt vor der Tür.

Und Firma zahlt Flatrate, das war jetzt ein Reinachtsfall so, weil sonst würde das energiesparende Fahrweise vernachlässigen. Das passiert natürlich nur dann, wenn du auch noch eine Sprit Flatrate hast. Das kommt auch noch dazu. Aber der Effekt ist, dein Auto steht vor der Tür, das ist der Dienstwagen, der für das Firma bezahlt. Du sagst ein Prozent, du musst eh ein Prozent sozusagen als Einkommen davon versteuern und dann ist es einfach egal, ob du da mit ein Meter fährst im Monat 50.000 Kilometer und da ist der Anreiz eben groß zu sagen, komm, ich muss eh die ein Prozent versteuern, jetzt ist das Auto da, fährste halt.

Ja, und dann gab es natürlich eine Reihe von Leuten, die sagten, na ja, eure Argumentation schadet doch tatsächlich dem Mittelstand oder so der Mitte der Gesellschaft und so. Und da würde ich noch mal nachhaken und sagen, nein, wir haben ja nicht gesagt, man soll jede steuerliche Vereinfachung oder Vergünstigung abschließen, sondern wir haben gesagt, man sollte die ökologisch fokussieren. Man sollte halt einfach diese Förderung nur noch gewähren für Fahrzeuge, die CO2 neutral unterwegs sind, was in der Praxis bedeutet E-Autos. Und wenn man dann zum Beispiel sagt, ab 2024 gibt es eben

## [Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg

diese Privilegien nur noch für E-Autos, dann können sich die Menschen darauf einstellen, du musst ja nicht in 2024 noch einen Verbrenner kaufen und bei Gott, du solltest es auch nicht tun. Und wenn du es trotzdem tust, dann verzichtest du halt auf die Steuervorteile. Das könnte man also zu 2024 problemlos einführen.

Aber das passiert eben nicht, ja, es gibt bestimmte steuerliche Vorteile, wenn man sich die private Nutzung von E-Autos mit geringeren Sätzen anrechnen lassen muss, aber es gibt eben immer noch eine großzügige Förderung für Verbrenner, auch im Jahr 2023 und nach den Plänen der Ampel soll das auch weiter gelten.

Und diese sagen wir mal nur ganz schwache steuerliche Subvention für Elektroautos oder diese jedenfalls nicht hinreichenden Anreize und diese fortbestehenden Anreize Verbrenner zu kaufen, die haben eben drastische Folgen.

Wenn man sich anschaut, wie es denn so um die Quote der Fahrzeuge bei den Neuzulassungen bestellt ist, zum Beispiel in Norwegen, ratet mal wie viel Prozent der neu zugelassenen Autos in Norwegen Elektroautos sind, das waren in 2022 volle 87 Prozent.

Ja, und man muss dazu wissen von den Autos, die in Deutschland neu zugelassen werden, also ich rede jetzt hier im März 23, waren 67 Prozent gewerblicher Halter. 67 Prozent.

Das heißt, die Autos, die neu auf den Markt kommen, die gekauft werden,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

werden in ihrer großen Mehrzahl  
zwei Drittel von Firmen gekauft.  
Das sind Firmenwagen.  
Das ist schon eine zentrale Stellschraube.  
Das ist eine zentrale Stellschraube.  
Wenn du da sagen würdest,  
dieses Dienstwagenprivileg,  
sehr attraktive Versteuerung des privaten  
Nutzens, gibt es nur noch für eh,  
die Nutzens sind in den nächsten  
beiden Jahren völlig vorbei mit den  
Verbrennern, aber genau da  
traut sich die Politik nicht. Wie gesagt,  
in Norwegen sieht es anders aus.  
87 Prozent E-Autos, wir haben  
natürlich jetzt nicht das norwegische  
Steuerrecht nach recherchiert, aber  
ganz offensichtlich sind die Anreize da  
völlig andere.  
Ein besseres Netz und so Lade-Netz und so.  
Schweden 33 Prozent,  
Anteil an die Neuzulassung elektrisch.  
China, Dänemark,  
E-Autos im März 2023.  
Bei der Neuzulassung nur knapp 16 Prozent.  
Nur gut die Hälfte dessen,  
was wir in China sehen und überhaupt  
nicht nennenswert, im Vergleich zu den  
87 Prozent in Norwegen.  
Fragt sich, woran liegt das?  
Es zetschreibt, denn bei all den  
Transformationsbemühungen ist der Anteil  
an Elektroautos bei den deutschen  
Herstellern meist nicht einmal  
zweistellig. Das heißt, das Angebot  
an Elektroautos bei deutschen  
Herstellern ist zu niedrig, vor allem  
bei der Pferde-Preissegment.  
Wenn du ein günstiges Auto, was  
150-200 Kilometer Reichweite  
um mal schnell Polo-Klasse  
oder noch kleiner

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

gibt es fast nichts  
von deutschen Herstellern.  
Da gibt es Zeit, von Renault  
gibt es da was.  
Aber auch schwierig.  
Porsche und so, die verkaufen  
Verbrenner, als gäbe es kein Morgen.  
Die haben gerade wieder ihre Zahlen gemeldet.  
Umsatzzahlen, Gewinnzahlen, geht alles  
durch die Absatzsteigerungen  
bei Verbrennern, gehen komplett durch  
die Decke, nicht nur bei Porsche,  
auch bei den anderen.  
Und dem gegenüber muss man sagen,  
die Steigerung bei den  
Elektroautos Neuzulassung 22,  
also letztes Jahr weltweit  
war plus 55 Prozent.  
Muss man sehen, die Hälfte obendrauf,  
also ein ganz drastischer Anstieg  
bei den Neuzulassungen, nicht bei der  
Quote jetzt, das war jetzt die Zahl  
der Neuzulassung. Allerdings diese  
Konto, zum einen des chinesischen  
Markts, da hat sich die Zahl der  
Neuzulassung an E-Autos fast verdoppelt,  
plus 82 Prozent und  
das Marktes in Nordamerika, auch in den  
Vereinigten Staaten, wo man ja denken könnte,  
Autoland, unglaublich lange Distanzen,  
schwierig für E, weit gefehlt,  
plus 48 Prozent.  
In Europa hingegen konnten  
voll und Teil-Elektrika,  
wie das Automotorsport so schön schrieb,  
also dann Hybride, lediglich um  
15 Prozent zu legen.  
40, nicht plus 48, nein,  
nur plus 15 Prozent.  
Und im europäischen  
Mittel sind bei den Neuzulassungen  
sogar nur etwa 10 Prozent der Fahrzeuge

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

elektrisch und da gibt es sogar in Europa ein paar echte Muffel, die noch schlimmer sind als Deutschland. Ja, Tschechien, Slowakei, solche Leute, da liegt wahrscheinlich vermutlich am schlechteren, schlechten Ladennetz, das ist dann halt dieses Henne-Eind-Problem, wenn sie nirgendwo laden können, dann kaufen sich die Leute auch kein E-Auto und wenn es keine E-Autos anreizt, niedriger, auch Ladeinfrastruktur aufzubauen. Ja, aber das große Problem ist natürlich ein wirtschaftspolitisches. Das hatten wir in der letzten Woche auch zitiert, da gab es dieses Feedback hier, meine Güte, diese Umweltpolitik ist doch schlecht für die deutschen Hersteller und so weiter und so weiter und wir leben aber nun von BMW und Co. und deswegen wählen wir Parteien, die es mit den deutschen Herstellern gut meinen und da muss ich ganz ehrlich sagen, da bin ich sehr am Zweifeln, ob das überhaupt einfach nur vom Befund her stimmt, denn die Schwäche auf den Heimatmärkten, die Schwäche beim Verkauf von E-Autos, die fällt den deutschen Herstellern international voll auf die Füße. Das war zuletzt zu besichtigen bei der Automäße in Shanghai, wo die deutschen Autohersteller nach Bekunden aller Zeugen extrem schlecht ausgesehen haben. Man muss mal wissen, 25% der Neuzulassung in China sind mittlerweile elektrische Autos. Ein Viertel der neu zugelassenen Autos in China sind mittlerweile elektrisch. Die deutschen Hersteller haben mit fossilen Antrieben einen großen Marktanteil in China, 20 knapp fast 20%. Bei den elektrischen Autos

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

ist ihr Anteil 5%.

Also weit hinter dem,

was sie aus den fossilen Märkten

gewohnt sind. Unter den 10

meistverkauften Elektroautos

in China ist keiner aus Deutschland,

keiner von der deutschen Marke.

Mit anderen Worten, die zögerlichen Anreize

für E-Mobilität schaden nicht nur

dem Anteil von E-Autos

am Autoverkauf

insgesamt in Deutschland.

Nein, diese zögerlichen Anreize

haben auch dazu geführt,

dass deutsche Hersteller die Wände weg

vom Verbrenner lange Zeit verschlafen

haben. Und nun gibt es einfach

sehr viel Konkurrenz, zum Beispiel aus China

und diese Konkurrenz zieht an den deutschen Herstellern vorbei.

Aber das Problem ist eben nicht,

dass der Wind sich gedreht hat

und jetzt der Trend hingeht zur E-Mobilität.

Das Problem ist, dass die Politik

in Deutschland es völlig verpennt hat,

die entsprechenden Anreize zu setzen.

Und deswegen die Hersteller viel zu spät aufgewacht sind.

Also ich persönlich fahre sehr gerne

auch ein deutsches Elektroauto.

Ich mache jetzt mal keine Schleichwerbung.

Ich würde nicht mehr sagen, dass sie schlecht sind,

aber sie sind einfach spät dran

und chinesische Hersteller oder Tesla oder so,

die sind halt einfach technologisch

eine ganze Ecke weiter. Und da kann man wieder sehen,

nein, es ist eben nicht richtig,

einfach keine Vorgaben zu machen,

die Dinge laufen zu lassen, sondern Industrie

ist einfach nicht.

Aber das sieht man ja auch,

Werbepumpenhersteller Fissmann wird jetzt verkauft,

weil er zu spät aufgewacht ist

mit den Werbepumpen,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN334 Filz-Vorwürfe in der Ampel, Wahlrechts-Kommission (mit Sandra Schulz, DLF), 49-Euro-Ticket, Dienstwagenprivileg**

er hatte halt jahrzehntelang Gas gemacht.  
Warum hat er Gas gemacht?  
Natürlich, weil es auch betriebliche Fehlentscheidungen gab,  
aber er war eben in einem Kontext,  
wo alle gesagt haben, wo die politischen Signale klar waren,  
wir bauen eine zweite Pipeline nach Russland,  
Gaspult billig, kostet irgendwie nichts,  
das wird auf die nächsten Jahrzehnte auch nicht ändern  
und so weiter. Das waren die Ansagen  
und wir hoffen haben,  
während die Ansagen andere gewesen,  
so wie sich jetzt das ja ändert,  
ändert sich auf einmal die Firmpolitik  
und bei deutschen Autos, glaube ich, ist das ähnlich.  
Das war's für diese Woche.  
Ganz herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.  
Wir hoffen, ihr hattet Spaß mit der Lage der Nation.  
Wenn es euch gefallen hat, freuen wir uns  
über ein paar Sternchen in der Podcast-App  
Eurus Vertrauens.  
Und denkt dran, es gibt ein E-Bike zu gewinnen  
bei unserer Verlosung unter allen Menschen,  
die ein Lager plus haben.  
Schönes Wochenende, macht's gut, bis nächste Woche.  
Tschüss.